

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 2,25 M., durch die Post 3 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. • Plagiatvorwürfen ausgeschlossen. • Postkassen-Konto Hannover Nr. 576 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Zillie Sochum, Bittoriastr. 48. • Tel.-Nr. 608 21. • Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Sochum.

Und nun wieder Arbeit für den Verband!

Der gewaltigste aller Wahlkämpfe liegt hinter uns. Gewiß, er hat nicht das als Erfolg gezeitigt, was wir alle sehnlichst erhofften, nämlich die endgültige Liquidierung des nationalsozialistischen Unsinns. Aber wer unter uns hat geglaubt, daß es der organisierten Arbeitererschaft gelungen wäre, in diesem Wahlkampf, außer dem Erfolg, den Faschismus als Parteibewegung zum Stillstand zu bringen, ihn in verschiedenen Bezirken zum Rückzug zu drängen, gänzlich Schluß damit zu machen? Das wird niemand unter uns geglaubt haben. Dafür war die durch die nationalsozialistische Hege in die politische Auseinandersetzung gebrachte Vergiftung des Volkes zu tief gedrungen, dafür ist das Elend und die Not als Begleiterscheinungen der Weltwirtschaftskrise zu groß. Aber einen Erfolg haben bestimmt die Arbeiter in den Gewerkschaften zu verzeichnen, und das ist folgendes:

Wir gehen nicht fehl, wenn wir in der Nazibewegung einen Erfascher der Unternehmer für ihre „ollen ehrlichen gelben Gewerkschaften“ sehen. Die NSD. (National-Sozialistische Betriebszellen-Organisation), ihr Schrifttum und ihr Verhalten bestätigen uns tausendfach diese unwürdigste aller Rollen, die nur je Arbeiter ihren Klassengenossen gegenüber spielen können.

Waren wir bei den im Bergbau zuletzt stattgefundenen Betriebsratswahlen stolz darauf, daß es den Nazis nicht geglückt war, trotz größter Hege auch nur annähernd befriedigende Erfolge erringen zu können, so können wir getrost sagen, auch wenn im Augenblick Wahlen zu den Betriebsräten stattfinden würden, der Mißerfolg der Nazis wäre der gleiche. Das hat das Wahlergebnis am 31. Juli gezeigt. Das beweist aber auch, daß die noch in Arbeit befindlichen Proletarier keineswegs von dem Nazipilz angekränkt sind, daß nach wie vor die Macht der organisierten Arbeiter in den Betrieben ungebrochen ist. Im industriellen Westen haben die Nazis ihre Stimmengahl zur Reichstagswahl vermehren können um einen den anderen Parteien gegenüber höheren Prozentsatz aus den Reihen früherer Nichtwähler und der Neuwähler; sie haben ihre Reihen verstärkt können um die den anderen bürgerlichen Parteien abgegangenen Stimmen.

Keinen Fußbreit Land haben sie auf gewerkschaftlichem Gelände erobert und damit trotz erhöhter Stimmengahl eine große Niederlage eingestekt. Niederlage? Jamohl! Die Nazibewegung hätte, um das gesteckte Ziel: faschistische Diktatur, zu erreichen, im stürmischen Siegeslauf nicht nur den bürgerlichen Parteien Stimmen und Sitze nehmen dürfen, sondern auch weite Kreise der industriellen Arbeitererschaft in ihren Bann ziehen müssen, d. h. also, den Einfluß und die Einwirkungsmöglichkeit der Gewerkschaften brechen müssen. An dieser Barriere, an dieser Schranke, die eben von der Arbeitererschaft vor Jahrzehnten aufgerichtet wurde als Damm gegen das Hinabgleiten in kapitalistische Verelendung und Barbarei, sind die Frontalangriffe der kapitalistischen Söldnertruppen gescheitert. Damit haben die Gewerkschaften ihre Existenzberechtigung erwiesen. Das ist der Erfolg der Arbeitererschaft, die Niederlage der Faschisten!

Gewiß, damit ist noch kein Erwerbsloser wieder in Arbeit gebracht, kein Renten- und Unterstützungsraub rückgängig gemacht, noch keine Möglichkeit neuer erfolgreicher Bohnenkämpfe zur Stärkung der niedergehaltenen Kaufkraft gegeben. Aber, sind die Gewerkschaften, wie Friedrich Engles in einem Brief an Bebel 1875 schon sagt, die eigentlichen Klassenorganisationen des Proletariats, in denen es seine täglichen Kämpfe mit dem Kapital durchführt, so hat jedes Gewerkschaftsmitglied in Anerkennung dieser Tatsache, die schon oft und oft bewiesen wurde, die Pflicht, seinerseits dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften die notwendige Kraft, die Elastizität, den Elan behalten, diese täglichen Kämpfe durchzuführen. Die eben aufgezeigten Merkmale, daß es weniger die industrielle Arbeitererschaft war, die dem Faschismus als Wähler zum Opfer fiel, als andere Kreise, geben Fingerzeige für die Ausichten neuer aktivierter Werbung unter der Arbeitererschaft für die Gewerkschaften.

Unser Verband hatte kurz vor den Wahlen einen lange gehegten Wunsch einer großen Zahl von Kameraden Rechnung getragen und zur Werbung ein neues, bisher von uns nicht verfügbares Reservoir geöffnet: die erwerbslosen Kameraden. Eine Uebersicht über das, was in dieser Beziehung geleistet wurde, um von den bereits erzielten Erfolgen Rückschlüsse auf weitere Möglichkeiten zu ziehen, hat unser Eintreten in den Wahlkampf vorläufig unmöglich gemacht, d. h. wollte man bisher Geleistetes als Maßstab für Mögliches gelten lassen. Nehmen wir lieber den Wahlausgang für den Maßstab neuer Möglichkeiten. Denken wir einmal kurz an die fast übermenschliche Leistung, die auch Verbandsfunktionäre und Kameraden im Dienste der Eisernen Front für den Wahlkampf vollbrachten, an die Aufwendung von Zeit, Energie und Ueberzeugungskraft, ein Bruchteil dieses Aufwandes als Hebel angelegt in der Richtung Agitation, Mitbewerbsgewinnung für den Verband — können da Erfolge ausbleiben? Nein!

Als wir vor den Wahlen sagten, mit dem 31. Juli sind die Kämpfe der organisierten Arbeitererschaft um die Erhaltung der Sozialisationsfreiheit, um die Sozialgesetzgebung, kurz um den Inhalt all dessen, was wesentlicher, verteidigungswertiger Bestandteil dieser Republik für uns ist, nicht abgeschlossen, jagten wir es

in dem Bewußtsein, daß die Wahlen und ihr Ausgang uns stark genug machen müßten, eben diese Kämpfe erfolgreich genug bestehen zu können. Sie werden nun kommen, die Angriffe der Unternehmer! Der erste Kampf beginnt schon im Bergbau von sich reden zu machen: der Kampf um die Beseitigung der Ueberarbeitszeit. Ihm werden andere folgen!

Soll der Angriff der Unternehmerschaft, den sie durch die Nazis gegen die Gewerkschaften ausführen lassen, Sinn für sie selbst haben, dann waren der Wahlkampf, die Aktionen der Papen-Regierung erst Anfang zu weiteren Kämpfen. In Abwehr sowohl wie in Angriff stehen die organisierten Arbeiter allein. Die Regierung Papen, die voraussichtlich durch keine parlamentarische Mehrheitsregierung abgelöst wird, ist nicht der Bundesgenosse der Gewerkschaften, wie es einst das Kabinett Hermann Müller war. Das Verhalten Papens zu uns wird den früheren Vorgängern klar zeigen, daß unser Verhalten zu den bisherigen Staatsorganen das rechte war.

Wir haben also den Stahlblock unseres Verbandes, als der er sich erwiesen hat, kräftiger, widerstandsfähiger zu machen durch erhöhte Aktivierung unserer Werbetätigkeit. Dabei gehen parallel unsere Bemühungen um die erwerbslosen Kameraden mit den noch in der Produktion befindlichen. Es sind da Erfolge in jeder Hinsicht zu erzielen. Es kommt nur darauf an, ob jeder

Kamerad das Gebot der Stunde erkennt, das da heißt: alle Mann an Deck — für den Verband! Den Kameraden unter uns, die angesichts des kommunistischen Wahlerfolges an einen Agitationserfolg unsererseits zweifeln sollten, sei gesagt, daß der Einfluß der KPD. und der NSD. auf die Arbeiter im Betrieb noch genau so gering ist, als er im Januar d. J. bei der NSD.-Streikparole war. Der soll aber auch daran denken, daß nicht nur die Unternehmer von Adolf Hitler baldige Einlösung seiner Wechsel fordern, sondern daß daselbe auch die Wähler von der KPD. tun werden, die auf Grund der Wahlparole der KPD.: „Wählt Kommunisten für Arbeit und Brot!“, eben Kommunisten gewählt haben. Der Moment der verstärkten Forderung auf Einlösung dieses Wechsels rückt vielleicht näher heran, als mancher unter uns glaubt. Die Sitzungen des Reichstags und die negative Haltung der KPD. in Fragen der Arbeiterinteressenpolitik werden das Heranrücken dieses Moments beschleunigen. Wir selbst können unser Teil dazu tun, indem wir bei der Agitation auf die Haltung der KPD. nachdrücklich hinweisen.

Die Kampfstadern der Eisernen Front sind noch nicht aufgelöst, das Ziel, das zugleich auch durch unseren Kampfpruf gekennzeichnet wurde, gilt es immer noch zu erringen. Diesem Ziel im Wege sind uns ebensosehr die Nazis wie unsere Zeitgenossen von links, also gilt ihnen unser Kampf. In den Gewerkschaften kämpfen die organisierten Arbeiter ihre tagespolitischen Klassenkämpfe aus gegen das Kapital. Erste Etappe auf dem Wege zum großen Ziel, der sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, ist durch unseren Gruß klar und laut ausgedrückt: Freiheit!

Max Heitland.

Unser Kampf geht weiter.

In unserer Bewegung von geschichtlicher Größe bleiben Wahlkämpfe, so wichtig sie auch sein mögen, nur Zwischenakte; die Wahlpropaganda Gelegenheit, um für unsere Ideen zu werben, der Wahlakt eine Heeresfahrt, ein Zeugnis über die Gesolgshaft, die wir bereits haben oder die wir im Gefolge eines Rückschlags verloren. Am anderen Tag nach der Wahl muß der Kampf weitergehen.

Dieser Kampf ist heute, in unserem Rücken die soziale Reaktion, die es verstand, Söldnertruppen für ihre Zwecke auszurüsten, erbitterte, irreführende Massen vor ihren Wagen zu spannen, die niedrigsten Instinkte des Hasses gegen die aufstrebende Arbeiterbewegung aufzusperrchen, ganz besonders schwer.

So brutal der Angriff ist, so sehr erfordert die Abwehr den Einsatz aller Kräfte. Wir müssen gleichzeitig auf verschiedenen Fronten kämpfen. Wie leicht ist die Arbeit der Kommunisten gegen die unsere — man möchte sie beinahe darum beneiden! Sie begnügen sich mit der bloßen Anklage gegen die kapitalistische Welt.

Sie stellen Forderungen, von denen sie selbst wissen, daß sie unerfüllbar sind, weil zu ihrer Erfüllung sowohl die wirtschaftlichen Bedingungen wie die politische Kraft fehlen. Sie überschreiten ihre eigene Schwäche und halten den starken Ton — so sehr das auch notwendig sein mag — für eine Kraft. Wir dagegen müssen kämpfen für das Heute und für die Zukunft, immer verantwortungsvoll gegenüber den Massen, die uns vertrauen, kämpfen gleichzeitig für das bessere Los des heutigen Menschen wie für unsere sozialistischen Zielsetzungen.

Eine unendlich schwere Aufgabe: sie bedeutet das aktive Wirken in einem kapitalistischen Raum, der seinen eigenen Bewegungsgefehen folgt, Bewegungsgefehen, die man kennen und auch anerkennen muß, gleichzeitig aber dafür wirken, daß sie von den Lebensgefehen des Sozialismus abgelöst werden.

Unser Kampf gegen die heute herrschenden Kräfte gilt vor allem den gefährdeten Freiheiten, die wir gegen den Ansturm der Reaktion schützen müssen, der Freiheit der politischen Meinungsäußerung, der gewerkschaftlichen Organisation.

Wir müssen die schwer errungenen Arbeitsrechte, die von der reaktionären Meute angegriffene Sozialpolitik verteidigen. Kämpfen müssen wir gegen die einseitige Bevorzugung privilegierter Klassen, die den Lebenspielraum der großen Massen einengen. Dieser Lebenspielraum muß erweitert werden, und das heißt Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten. Nicht die Beschränkung der Massenkaukraft, nicht alberne Geldmischerel, auch nicht die Arbeitsdienstpflicht und die Mittel der Krisenbekämpfung und der Arbeitsbeschaffung.

Alles, was bisher als internationaler Fortschritt auf diesen Gebieten verzeichnet werden konnte, geht auf unsere Anregungen und unsere vorbereitende Arbeit zurück. Alles, was da vernichtet wurde, geschah durch Kräfte, die sich uns entgegensetzten und die wir bekämpfen.

Einer unserer Besten, der unvergeßliche sozialistische Vorkämpfer Sigmund K u n s t i, in dem sozialistische Leidenschaft mit der Besonnenheit des Denkers und des Gelehrten in eine vollkommene Einheit verschmolz, ein sozialistischer Führer, der stets auf die Nachprüfung und Erneuerung unseres Rüstzeugs drängte, mahnt uns stets auch vor unbegründeter Ungeduld.

Gewiß können die Gewerkschaften in der Welt — schrieb Kunst im Jahre 1925 — auf eine Vergangenheit von hundert Jahren zurückblicken, und noch hundert Jahren gelang es nicht, die Ketten der Lohnsklaverei zu brechen; sie nur ein wenig zu lockern, vermochten sie. Auch die Sozialistische Internationale

wurde vor sechzig Jahren gegründet, um unter den Völkern Frieden zu stiften —, und heute froht die Welt von Waffen, und von Haß zerrissenen lauern Völker und Staaten einander auf. Und auch der Umsturz nach dem Kriege, auch die englische Arbeiterregierung, große geschichtliche Gelegenheiten, erfüllten die Erwartungen, die an sie geknüpft wurden, nicht.

Aber — war diese ganze Entwicklung vergeblich, auch was die Verwirklichung einiger Vorbedingungen des Sozialismus betrifft? „Wollen wir unserer eigenen Wertschätzung nicht Glauben schenken,“ schrieb Kunst, „dann müssen wir doch die Angst unserer Gegner beachten, die niemals größer war als jetzt.“

Und er macht uns darauf aufmerksam, daß die Sozialisten erst hundert Jahre daran sind, die Welt nach ihrem Bilde zu formen. Die Kirche lehrt dagegen seit zweitausend Jahren die Nächstenliebe, die Gleichheit alles dessen, was Menschenanfällig trägt —, und selbst sie muß stets sagen, daß das Leben heute vom christlichen Ideal weiter entfernt ist als jemals zuvor.

„So ist der Sozialist mit der Arbeit von drei Generationen mit vollem Recht zufriedener als der Klerikale mit der Leistung von sechzig Menschengeschlechtern.“

Und so möchten wir aus den nachfolgenden Worten unseres so früh dahingeshiedenen Freundes Trost und Beruhigung schöpfen: „Und ist die Welt nicht besser und schöner als sie ist, so ist daran nicht zuviel, sondern zu wenig Sozialismus Schuld.“

Nein, es ist uns noch nicht gelungen, alle Ketten zu sprengen, die der Kapitalismus in jahrhundertlangem, kunstvollem Wirken um den Leib und das Bewußtsein der Arbeiter gelegt hat. Nein, wir konnten es noch nicht hindern, daß der Kapitalismus dreißig Millionen Menschen auf die Schlachbank trieb und im blinden Wüten die Früchte der Arbeit von Jahrzehnten vernichtete. Nein, wir hatten noch nicht die Macht, die bösen Geister der nationalen Verhegung zu vertreiben. Nein, wir haben noch nicht die Macht, zu verhindern, daß der eine müßig im Ueberfluß lebt, daß die vielen, sich schustend und abrackend, in Not und Elend verkommen.

Aber überall, auf allen diesen Gebieten und in allen Ländern sind schon die Wege unseres Aufmarsches vorgezeichnet, überall ist die feindliche Klasse geschwächt und oft geschlagen worden, überall fühlt die getretene Kreatur eine schühende Hand, eine für sie sprechende Stimme, wenn sie zum Handeln noch zu schwach und zum Sprechen noch unfertig ist! Es ist nicht das Gefühl des fatten Philisters, daß „wir es schon so weit gebracht“, das uns sagen läßt, daß es in der ganzen Weltgeschichte beispiellos dasteh, daß eine aufsteigende Klasse, die eine neue Gesellschaftsordnung begründen will, so rasch und so gründlich vorwärtsgekommen wäre wie das sozialistische Proletariat.

Unsere heiße Sehnsucht nach einer Welt, in der für die weltgeschichtlichen Verbrechen des Kapitalismus Sühne gegeben und allen wirklich Arbeitenden und nützlichen Menschen der Gesellschaft ihr Anteil an Freude, Gesundheit, Befriedung und an den materiellen Gütern des Lebens wird, muß mit dem, was der Sozialismus bisher erreichen und leisten konnte, unzufrieden sein.

Aber wer die Zeichen der Zeit wirklich deuten kann, der hat trotz vorübergehender trüber Anzeichen und trotz der unausbleiblichen Rückschläge reichlichen Grund, sich als Sozialist zu einem aus der tiefsten Ueberzeugung herausströmenden sozialen Optimismus, zur frohen Botschaft des gesellschaftlichen Fortschrittes zu bekennen!

Der ADGB im Jahre 1931.

Mitgliederbewegung.

Die Entwicklung des äußeren Bestandes der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) angeschlossenen Zentralverbände war im Jahre 1931, das durch die steigende Wirtschaftskrise eine bedeutende Zunahme der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern zur Folge hatte, eine rückläufige. Der Rückgang ist in erster Linie auf die lange Arbeitslosigkeit vieler Gewerkschaftsmitglieder zurückzuführen.

Dennoch konnte auch das furchtbare Krisenjahr 1931 mit seinen alles zerstörenden Begleiterscheinungen die Front der freien Gewerkschaften nicht erschüttern. Sie stehen, wenn auch mit vermindertem Kampferfolg, so doch mit ungeschmälerter innerer Kraft bereit, um auch unter den schwierigsten Umständen ihre Aufgaben zu erfüllen.

Die dem ADGB angeschlossenen Zentralverbände, deren Zahl durch den am 1. Juli 1931 vollzogenen Anschluß des Zentralverbandes der Dachdecker an den Deutschen Bauergewerksbund von 31 auf 30 zurückging, umfaßten Ende 1931 immer noch 4 134 902 Mitglieder, darunter 570 836 weibliche und 170 854 jugendliche. Der Rückgang der Gesamtmitgliederzahl gegenüber 1930 (4 716 569) mit 581 667 beträgt 12,3 Prozent.

Gemessen an dem Mitgliederverlust, den die freien Gewerkschaften von 1922 auf 1924, in der Zeit des Zusammenbruchs der Weimarer Republik und in der dadurch erzeugten Wirtschaftskrise, zu verzeichnen hatten, als die Gesamtmitgliederzahl von 7,8 auf rund 4 Millionen zurückging, ist der während der gegenwärtigen, viel längeren und härteren Krise eingetretene Verlust gering. Die seit dem Jahre 1924 in den freien Gewerkschaften verbliebenen Mitglieder, deren Zahl sich bis Ende 1931 zwischen 4,0 bis 4,9 Millionen bewegte, können als die Kerntruppe der Bewegung bezeichnet werden. Diese Mitglieder sind nicht zu vergleichen mit jenen Massen, die in den Jahren 1919 und 1920 durch die Revolution begeistert zu den Verbänden stießen, die Fahnen jedoch schnell verließen, als sie erkannten, daß die wirtschaftliche Macht in jähem Kampf erobert werden muß. Jener Kern der Mitgliedschaft ist den Gewerkschaften, aller maßlosen Not zum Trotz, erhalten geblieben, denn Ende 1931 lag die Mitgliederzahl im ADGB mit 4 134 902 noch höher als Ende 1924 mit 4 023 867 und sogar beträchtlich höher als Ende 1926 mit 3 932 035. Das heißt: das alte Kräftezentrum der Gewerkschaften blieb im Sturm der Krise unerschütterlich.

Den Mitgliederbestand der einzelnen Verbände am Ende der Jahre 1930, 1931 und im Jahresdurchschnitt 1931 zeigt nachstehende Tabelle:

Verbände	Es hatten Mitglieder		im Jahresdurchschnitt	
	1930	1931	1931	1931
Baugewerksbund*	472 808	390 306	433 019	324
Bekleidungsarbeiter	68 581	56 347	62 400	29 521
Bergbauindustriearbeiter	190 855	164 188	176 826	235
Buchbinder	54 795	49 485	51 953	30 747
Buchdrucker	90 389	88 436	89 575	—
Eisenbahner	240 410	203 518	222 480	1 535
Fabrikarbeiter	441 292	386 982	413 477	77 792
Friseurgehilfen	3 952	3 249	3 616	713
Gesamtverband d. Arbeitn. d. öffentl. Betr. u. d. Werk.	673 375	618 392	655 609	77 062
Graphische Hilfsarbeiter	38 985	34 739	37 001	22 852
Holzarbeiter	299 924	269 142	285 804	17 089
Hotels-, Rest.- u. Caféang.	30 290	27 503	28 559	7 896
Hutarbeiter	16 740	15 228	16 022	9 986
Kupferschmiede	6 778	5 763	6 384	—
Landarbeiter	165 505	131 286	138 717	13 761
Lederarbeiter	34 236	31 426	32 966	6 891
Lithographen	24 787	23 879	24 357	33
Maler	57 894	51 562	55 361	133
Maschinenisten	50 836	38 275	43 689	23
Mechaniker	13 000	12 807	12 906	206
Metallarbeiter	940 578	826 864	870 548	61 316
Musiker	19 265	15 617	17 361	296
Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter	174 469	156 950	167 119	29 363
Sattler, Tapezierer und Portefeuille	28 321	23 907	26 187	3 475
Schornsteinfeger	3 172	3 307	3 267	—
Schuhmacher	65 992	59 917	63 264	27 853
Steinarbeiter	56 635	44 402	51 161	226
Tabakarbeiter	72 543	60 721	66 877	52 089
Textilarbeiter	276 574	248 296	261 663	146 546
Zimmerer	103 678	94 408	99 598	—
Zusammen	4 716 569	4 134 902	4 417 852	617 968
1930 —	4 716 569	4 821 832	684 978	

* Einschließlich der Mitglieder des Dachdeckerverbandes.

Mit Ausnahme des Verbandes der Schornsteinfeger, der noch eine geringe Zunahme von 135 Mitgliedern zu verzeichnen hat, ging die Mitgliederzahl in allen Verbänden mehr oder weniger stark zurück. Den stärksten Verlust hatte der Verband der Maschinenisten und Heizer mit 24,7 Prozent. Es folgen der Verband der Steinarbeiter mit 21,6, Landarbeiter mit 20,7, Musiker mit 18,9, Friseure mit 17,8, Bekleidungsarbeiter mit 17,8, Baugewerksbund mit 17,4, Tabakarbeiter mit 16,3, Sattler mit 15,6, Eisenbahner mit 15,3, Kupferschmiede mit 15,0, Bergbauindustriearbeiter mit 14,0, Fabrikarbeiter mit 12,3, Metallarbeiter mit 12,1, Graphische Hilfsarbeiter mit 10,9, Maler mit 10,9, Textilarbeiter mit 10,9, Holzarbeiter mit 10,3, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter mit 10,0, Buchbinder mit 9,7, Hotels-, Restaurant- und Caféangestellte mit 9,2, Schuhmacher mit 9,1, Hutarbeiter mit 9,0, Zimmerer mit 8,9, Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe usw. mit 8,2, Lederarbeiter mit 8,2, Lithographen mit 3,7, Buchdrucker mit 2,2 und Meßer mit 1,5 Prozent.

Im Jahresdurchschnitt beträgt der Gesamtmitgliederbestand — mit 4 417 852 — 403 980 Mitglieder oder 8,4 Prozent weniger als im Jahre 1930.

Einnahmen und Ausgaben.

Die Finanzgebarung der Verbände gestaltete sich entsprechend dem Mitgliederrückgang ebenfalls rückläufig. Die Gesamteinnahmen sind mit 184 306 211 M. um 47 349 993 M. und die Gesamtausgaben mit 215 621 078 M. um 25 561 313 M. niedriger als im Vorjahr.

Im einzelnen gestalteten sich die Einnahmen im Vergleich mit denen des Jahres 1930 wie folgt (in Mark):

	1930	1931
Eintrittsgelder	325 760	165 518
Verbandsbeiträge	173 391 574	131 506 154
Vertikale Beiträge	36 349 964	27 253 606
Extrabeiträge	2 100 084	4 458 732
Zinsen	7 235 656	6 525 232
Sonstige Einnahmen	12 252 356	14 396 969

Mit Ausnahme der Einnahmen aus Extrabeiträgen und den sonstigen Einnahmen gingen alle anderen, besonders die aus den regulären Beiträgen, stark zurück. Der Rückgang beträgt bei den Verbandsbeiträgen 41 885 420 M. und bei den örtlichen 9 096 358 M., zusammen 50 981 778 M. und zeigt so recht die Auswirkung der Arbeitslosigkeit auf die Haushaltspläne der Gewerkschaften. Höchste Anerkennung verdient das Opfer der noch in Arbeit stehenden Mitglieder durch Leistung von Extrabeiträgen zur Unterstützung ihrer durch die lange Arbeitslosigkeit in Not geratenen Kolleginnen und Kollegen. Trotz Kurzarbeit und Lohnabbau beträgt die hierfür aufgebrauchte Summe 4 458 732 M. und ist um 2 358 684 M. höher als 1930.

Die Gesamteinnahmen je Mitglied beziffern sich auf 41,72 M., sie gingen gegenüber dem Vorjahr um 6,32 M. zurück.

Die Gesamtausgaben sind mit 215 621 078 M. um 31,3 Mill. M. höher als die Gesamteinnahmen. Wie sie sich im Vergleich mit dem Jahre 1930 auf die einzelnen Positionen verteilen, zeigt nachstehende Uebersicht. Die Ausgaben (in Mark) betragen für

	1930	1931
Unterstützungen	123 522 713	109 888 848
Arbeitskämpfe	9 887 447	10 595 741
Presse u. Bildungszwecke	13 957 587	11 224 661
Agitation, Organisation	22 919 738	18 954 603
Sonstiges	10 045 131	11 526 718
Verwaltung	60 849 775	53 480 507

Mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben (51 Prozent) entfiel auf Unterstützungen, die sich auf die einzelnen Unterstützungsarten wie folgt verteilen (in Mark):

	1930	1931
Arbeitslosenunterstützung	77 730 533	69 108 173
Krankenunterstützung	22 847 119	17 162 146
Sterbefallunterstützung	4 276 564	4 258 522
Invalidenunterstützung	8 001 197	11 462 067
Notfallunterstützung	5 189 105	3 918 380
Reiseunterstützung	1 153 500	986 389
Umzugsunterstützung	214 992	159 392
Sonstige Unterstützung	3 010 775	1 814 028
Rechtsschutz an Mitglieder	1 098 928	1 019 751

Gegenüber dem Vorjahr gingen die Ausgaben in allen Unterstützungsarten mit Ausnahme der für Invalidenunterstützung zurück, und zwar für Arbeitslosenunterstützung um 8,6 Mill. M., Krankenunterstützung um 5,6 Mill. M., Sterbefallunterstützung um 18 042 M., Notfallunterstützung um 1,2 Mill. Mark, Reiseunterstützung um 167 111 M., Umzugsunterstützung

Die Soziallasten im Bergbau.

Die Soziallasten im Bergbau sind ständig Gegenstand schärfster Kritik von reaktionärer Unternehmerseite. So lesen wir auch jetzt wieder im Geschäftsbericht der Rhein. Stahlwerke, Essen:

„Die sozialen Lasten und Wohlfahrtsausgaben für uns als Arbeitgeber betragen 4 709 738 M., das sind 8,88 Prozent unseres Umsatzes. Da unsere Beamten und Arbeiter an sozialen Beiträgen auch noch 3 302 510 M. aufgebracht haben, mußten die beiden Parteien des Arbeitsvertrages bei unserer Gesellschaft an sozialen Ausgaben im letzten Geschäftsjahr 8 012 248 M. aufwenden, das sind 29,35 Prozent der insgesamt verdienten Löhne und Gehälter. Würde man hierzu noch den Betrag von 6,5 Proz. der Löhne und Gehälter für die Arbeitslosenversicherung rechnen, der den Untertagearbeitern und ihren Arbeitgebern vom 1. Okt. 1931 ab entfallen und auf die Reichskasse übernommen worden ist, so ergäbe sich, daß der Ruhrkohlenbergbau eigentlich mehr als 32 Prozent der in ihm verdienten Löhne und Gehälter für Soziallasten hätte aufwenden müssen. Seit Jahren wenden wir uns in unseren Geschäftsberichten gegen die Hypertrophie der sozialen Aufwendungen, unter denen jede Wirtschaft zum Erliegen kommen muß. Die Belegung unseres Protestes durch obige Ziffern zeigt besser als lange Ausführungen die Richtigkeit unserer Behauptung. Leider verhalten unsere Mahnungen bisher stets ungehört, und doch erneuern wir sie immer wieder gerade im Interesse unserer Belegschaften, denn jeder einzelne Mann, mit dem wir sprechen, sieht sehr wohl ein, daß Soziallasten von rund einem Drittel des Lohnes keine Wohltat mehr sind, sondern Plage, daß der dadurch wettbewerbsunfähig gemachte Betrieb mit notgedrungenen Feierschichten ihm noch weitere Lohnminderungen bringen, und daß mit der schließlich folgenden Stilllegung trotz aller Beiträge doch die Verelendung kommen muß.“

In dieser Darstellung steckt soviel Blödsinn und Unverständnis den sozialen Notwendigkeiten der Arbeitererschaft gegenüber, daß man es für nutzlos hält, sich sachlich mit solchen Leuten über das zur Debatte gestellte Problem auseinanderzusetzen. Wir begnügen uns deshalb mit folgender Forderung:

Gebt dem Arbeiter statt seines kärglichen Lohnes ein schönes Beamtengehalt und einen schönen Beamtendienstvertrag, nicht besser, aber auch nicht schlechter als es bei den Leuten der Fall ist, die die vorstehende Auslassung über die Soziallasten inspiriert haben, und der Arbeiter leistet sofort Verzicht auf jegliche weitere Leistung der für ihn unter seinen jetzigen Lebensbedingungen zu zahlenden Soziallasten. Einverstanden?

Die Arbeitszeitverkürzung als internationales Problem.

Auf der in der Zeit vom 5. bis 8. Juli in London stattgefundenen Tagung der Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt wurde neben anderem auch das Problem der Verkürzung der Arbeitszeit auf internationaler Basis behandelt. Berichterstatter war der frühere tschechische Arbeitsminister Dr. Winter. Er ging in seinem Referat nach der „Sozialen Praxis“ (Nr. 31) davon aus, daß die fortschreitende Technik eine Verkürzung der Arbeitszeit erfordert, wenn sie nicht zu dauernder Freisetzung zahlreicher Arbeitskräfte führen sollte.

Auf die von der Vereinigung versandten Fragebogen haben nur sechs Landessektionen, die belgische, britische, bulgarische, deutsche, finnische und tschechische, geantwortet. Vorbehaltlos für eine Verkürzung der Arbeitszeit sprechen sich nur die bulgarische und tschechische Sektion aus. In Deutschland haben Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände einen einander entgegengegesetzten Standpunkt eingenommen. Die belgische Sektion schließt sich der Resolution des Internationalen Arbeitsamts an. Finn-

um 55 600 M., sonstige Unterstützungen um 1,2 Mill. M. für Rechtsschutz an Mitglieder um 79 177 M. Der Betrag der Invalidenunterstützung stieg dagegen um 3,4 Mill. Mark. Die hierfür aufgewandten Ausgaben sind bei den Verbänden, die von der Verbandskasse streng getrennte Invalidenfonds führen, nicht enthalten, die betragen, soweit Angaben vorliegen, 923 000 M. Demzufolge erhöht sich die Mehrausgabe auf 4,3 Mill. M. Die Ausgabe für Invalidenunterstützung betrug insgesamt 12 385 067 M.

Obwohl einige Verbände gezwungen waren, die Unterstützungsleistung oder die Unterstützungsdauer erheblich zu kürzen, um ihren Etat zu balancieren, waren die freien Gewerkschaften doch noch in der Lage, für ihre durch die unsinnige Kapitalistischer Wirtschaftsführung in Not geratenen Mitglieder die achtunggebietende Summe von 109 888 848 M. an Unterstützungen ausbezahlen. Abgesehen von allen anderen Vorteilen, die die freien Gewerkschaften ihren Mitgliedern in allen Lebenslagen bieten, beweist schon allein diese praktische Hilfe, wie unsinnig das Gekläff der Nazi- und Kozi-Propaganda und ihrer gedanktlosen Nachbeter von der Ohnmacht der freien Gewerkschaften ist.

Entsprechend den getroffenen Maßnahmen verminderten sich auch alle übrigen Ausgaben. Sie waren für Presse und Bildung um 2,47 Mill. M. niedriger als 1930, für Agitation und Organisation um 3,97 Mill. M. und für Verwaltung um 7,42 Mill. M.

Einnahmen und Ausgaben der Ortsauschüsse.

Die Gesamteinnahmen der Ortsauschüsse betragen 3 721 709 M. (1930: 4 419 449 M.), davon entfielen auf Beiträge 2 754 041 M. (1930: 3 398 675 M.), auf sonstige Einnahmen 967 668 M. (1930: 1 020 774 M.).

Die Gesamtausgaben sind mit 3 936 043 M. um 214 334 M. höher als die Gesamteinnahmen. Gegenüber 1930 ist hier ein Rückgang von 622 757 M. zu verzeichnen. Es wurden verausgabt für: Agitation 286 814 M., Gewerkschaftshäuser und Verammlungsräume 216 527 M., Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen 1 149 487 M., Bildungszwecke 703 457 M., Verwaltung 921 262 M., Arbeitervertreterwahlen 7554 M., Beiträge an die Bezirksauschüsse 260 669 M. und „Sonstiges“ 390 273 M. In der Summe „Sonstiges“ sind, soweit Angaben gemacht wurden, 111 054 M. enthalten, die für die Unterstützung arbeitslos gewordener Gewerkschaftsmitglieder verwandt wurden. Der hierfür angewandte Betrag dürfte allerdings bedeutend höher sein, kann jedoch nicht genau festgelegt werden, da meistens nähere Angaben in den Berichten fehlen.

Mit vorstehendem konnte nur ein kleiner Ueberblick gegeben werden. Das in nächster Zeit erscheinende Jahrbuch des ADGB. enthält umfangreiches statistisches Material. Es gibt nicht nur einen Ueberblick über den Stand des ADGB., sondern berichtet eingehend über die Tätigkeit des Bundesvorstandes über alle wichtigen Vorgänge auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet.

land vermag die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit nicht anzuerkennen. Die britische Gruppe ist allenfalls für eine Verkürzung der Arbeitszeit auf der Grundlage der Fünftagewoche. Für die Fünftagewoche erklären sich ferner die bulgarische und tschechische Gruppe und die deutschen Arbeitnehmer. Von der tschechischen Gruppe werden als geeignete Industriezweige vorgeschlagen die Eisen-, Kohle-, Textil-, Glas-, Leder-, Bau-, graphische und chemische Industrie. Die zweitägige Aussprache zeigte eine große Verschiedenheit der Ansichten über diese Frage.

Der eingesezte Arbeitsauschuß faßte seine Ansichten in einer Entschließung zusammen. Er schlägt u. a. vor, der nächste Kongreß solle erklären: erstens, daß die Herabsetzung der Arbeitszeit eines der hervorragenden Mittel ist, um die Arbeitsmöglichkeit auf eine größere Zahl von Lohnempfängern zu verteilen; zweitens, daß derjenigen Entschließung der 16. Arbeitskonferenz besondere Bedeutung innewohnt, die den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts ersucht, die gesetzliche Einführung der Vierzigstundenwoche mit dem Ziel zu studieren, eine internationale Regelung baldmöglichst zu erreichen.

Sozialistische Kommunalwirtschaft.

Oesterreichs Hauptstadt Wien wird von der Sozialdemokratie fast vollständig beherrscht. Der sozialdemokratische Finanzdezernent Breckner schreibt in einem Artikel, welche Wirtschaftspolitik Wien in der Krise eingeschlagen hat. Wir entnehmen folgende Einzelheiten daraus: Der Voranschlag der Gemeinde Wien für 1932 ist mit aller Vorsicht abgefaßt. Es wurden nur jene Ausgestaltungs- und Erneuerungsarbeiten zurückgestellt, die nicht gerade zwingenden Charakter haben; nicht zurückgestellt wurden aber die für die Allgemeinheit besonders wichtigen, vor allem aber auch den Arbeitsmarkt belebenden Ausgaben. So wird beispielsweise die Fertigstellung der begonnenen Bauten, vor allem der Wohnungsbauten, mit allen Kräften beschleunigt. Vor allem sind wir uns aber bewußt, daß die meisten Sparmaßnahmen nur vorübergehender Natur sind. Ihre sozialen Aufgaben wird die Gemeinde Wien im großen und ganzen erfüllen können. Beim Ausbau der Fürsorge muß allerdings eine Pause eintreten, doch war gerade auf diesem Gebiet das Tempo der Entwicklung ein sehr rasches. Die laufenden Ausgaben für die Zwecke der Fürsorge werden aber sogar noch größer sein als 1930. Den Wiener Arbeitern und Angestellten sind geringere Abstriche gemacht worden, als denen der anderen öffentlichen Verwaltungen Oesterreichs. Die verhältnismäßig günstige Lage der Gemeinde Wien ist der Hauptgrund, daß die Verwaltung sich von der Aufnahme von Anleihen freigehalten hat. Vom Gesamtaufwand der Gemeinde Wien macht der Schuldendienst kaum 1/3 Prozent aus. Die Schuldenfreiheit ermöglicht es Wien, einen Voranschlag aufzustellen, der in höchstem Maße sozialen Charakter trägt. Von den gesamten Einnahmen an eigenen Steuern und Abgaben werden 93,5 Mill. Schilling für das Wohlfahrtswesen, 70,6 Mill. Schilling für die Schule und mehr als 50 Mill. Schilling für den Wohnungsbau in Rechnung gestellt. 82 Proz. Steuern und Steuerertragsanteile werden für diese drei Zwecke verwendet. Die niedrigen Tarife der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke kommen gerade in der Zeit der Not der Bevölkerung zugute.

So arbeitet eine vorbildliche Gemeinde, die von Sozialdemokraten geleitet wird! Zwar kann sich auch diese naturgemäß nicht der Krise entziehen. Aber trotz verminderter Einnahmen werden die sozialen Aufgaben einer großen Gemeinschaft nicht vergessen. Die Gemeinde Wien zeigt aller Welt, wie gewirtschaftet werden kann!

Der belgische Generalstreik.

Seit Montag, dem 8. August, stehen die belgischen Bergarbeiter auf Grund eines fast einstimmigen Beschlusses eines außerordentlichen Kongresses des Bergarbeiterverbandes im Generalstreik.

Die Vorgeschichte

Dieses Beschlusses gehört zu den bewegtesten Kapiteln der belgischen Arbeiterbewegung. In den letzten vier Wochen haben sich in dem sogenannten „schwarzen Land“ Belgiens, wie man das Kohlenrevier von Charleroi nennt, sowie zum Teil auch in den beiden anderen Kohlenrevieren des Hennegaus, die insgesamt als das belgische Ruhrgebiet anzusprechen sind, Ereignisse zugegetragen, wie man sie in diesen Gebieten seit vierzig Jahren nicht mehr erlebt hatte. In einem bestimmten Augenblick nahm die Bewegung an einzelnen Stellen den Charakter von förmlichen Hungerrevolten an und Zusammenstöße mit der Gendarmerie und der Truppe drohten zu einem Blutbade auszuarten.

Der Ursprung der Bewegung liegt in den fortgesetzten Lohnsenkungen, die die schon von Haus aus verhältnismäßig schlecht bezahlten belgischen Bergarbeiter unter der Auswirkung der Krise seit anderthalb Jahren haben geduldig hinnehmen müssen. Am 20. Juni kam es in diesem Revier in mehreren Zechen zu einem bedeutenden Teilstreik, an dem diesmal etwa 10 000 Bergarbeiter beteiligt waren. Auch dieser Kampf konnte unter Leitung des Revierverbandes noch gütlich beigelegt werden, aber als die Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen wollten, ereignete sich ein Zwischenfall, der dem Faß den Boden ausschlug. In der am Konflikt beteiligten Zeche Le Levant de Fleury wurde den Arbeitern kurz und bündig mitgeteilt, daß 484 von ihnen nicht mehr eingestellt würden. Die Erregung unter der Arbeiterschaft war riesengroß.

Der Konflikt wurde vor die Revierorganisation gebracht und durch Abstimmung der Ortsgruppen

Der allgemeine Streik im Revier des Borinage

am 6. Juli beschlossen. Es wurden dabei folgende Forderungen aufgestellt: 1. Wiedereinstellung aller Arbeitslosen und 2. Stabilisierung der Löhne bis zum 31. Oktober 1932. Es wurden von der Leitung des Bergarbeiterverbandes sofort Verhandlungen mit der Regierung und den Zechenbesitzern eingeleitet, die zu gewissen Zugeständnissen führten, aber von den Ortsgruppen der Streikenden abgelehnt wurden.

Um die Mitte des Monats Juli griff dann die Bewegung rasch auf die benachbarten Kohlenreviere von Charleroi und des Centre über, ferner auch nach dem lüttichischen Gebiet sowie auf die Eisen- und Metallindustrie der nächstgelegenen Kohlenreviere. Hier handelte es sich um einen elementaren Ausbruch der Verzweiflung und der Erbitterung, den sich kommunistische Elemente ohne Zweifel für ihre eigenen Ziele zunutze zu machen suchten. Davon aber, daß die kommunistische Partei die Streiks angezettelt oder geleitet habe, kann gar keine Rede sein. Dazu ist die kommunistische Bewegung in Belgien nach wie vor viel zu bedeutungslos und die Streikenden selbst begegnen den Kommunisten mit dem größten Mißtrauen.

Die Ausbreitung des Streiks

war spontan, d. h. ohne ordnungsmäßigen Beschluß der Organisationen vor sich gegangen. In einem gewissen Augenblick fühlten die Leitung des Kampfes den Gewerkschaften in der Tat aus der Hand zu gleiten und die Form eines förmlichen Hungeraufstands mit unbestimmten Zielen annehmen zu wollen. Die Gefahr planloser Zusammenstöße und vielleicht eines Blutbades von der vernichtenden Niederlage der Arbeiter war damals nicht von der Hand zu weisen. Aber die Plan- und Kopflosigkeit dauerte nur einen Augenblick. Die Gewerkschaften sowie die politische Leitung der Arbeiterbewegung nahmen die Führung des Kampfes schnellstens wieder in die Hand und bemühten sich, ihr regelrechte Formen und klare, erreichbare Ziele zu geben.

Da der Kampf über die Grenzen eines Bergarbeiterstreiks hinausgewachsen und Angelegenheit der Gesamtarbeiterschaft geworden war, nahm die Generalkommission der Gewerkschaften und der Generalkrat der Arbeiterpartei in einer gemeinsamen Sitzung zu ihm Stellung, stellten im Einvernehmen mit den Organisationen der Streikgebiete ein Programm von Forderungen auf, das die Führer bei der Regierung, im Parlament und bei den Unternehmern durchzusetzen suchten. Der Erfolg dieser Bemühungen war unerwartet groß. Unter dem Eindruck der ersten Ereignisse in den Industriegebieten hatten Regierung und Zechenbesitzer schon vorher die beiden Forderungen der Bergarbeiter des Borinage, um die der ganze Kampf in Bewegung gekommen war, voll bewilligt. Nun wurden nach einer dramatischen Kammerstimmung, die von einer überaus eindrucksvollen Rede des Bergarbeiterführers Delattre eingeleitet wurde, alle anderen von der Gesamtbewegung aufgestellten Forderungen voll bewilligt, und zwar: Unverletzlichkeit der Sozialgesetze und namentlich der Alterspensionen und der Arbeitslosenunterstützung, Verzicht auf das Braunkohleprojekt, Einstellung jeden Lohnabbaues bis Ende Oktober und Aufbesserung der Löhne der niedrigst bezahlten Arbeiterkategorien.

Die Durchsetzung dieser Forderungen war ein glänzender Sieg der Arbeiterschaft durch die Methode harmonischen Zusammenarbeitens in der wirtschaftlichen Aktion in den Industriegebieten und friedlicher Verhandlungen mit der Regierung, den Unternehmern und im Parlament.

Der Generalkrat der Arbeiterpartei und die Gewerkschaftskommission

glaubten unter diesen Umständen den Streikenden die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit empfehlen zu können mit dem Vorbehalt, daß im geeigneten Augenblick der Kampf um die weitere Verbesserung der elenden Verhältnisse wieder aufgenommen werden würde.

Während aber diese Parole von den Metalls-, Glas- und den sonstigen Arbeitern, die aus Solidarität für die Bergarbeiter in den Kampf getreten waren, akzeptiert und befolgt wurde, beschloßen die Bergarbeiter in den drei Revieren des Hennegaus, den Kampf fortzusetzen.

Daß diese Haltung bei dem beispiellos hohen Haldenbestand von 4 Millionen Tonnen und zu einer Zeit, wo drei Viertel der Gesamtbelegschaft des Landes nicht mehr voll arbeiten, für die Arbeiter nicht ohne Gefahr ist, das wollten die erbitterten Massen in ihrer Verzweiflungstimmung nicht sehen. Den Führern konnten diese Tatsachen freilich nicht entgehen. In dieser Lage verfluchten sie noch einmal, die Bewegung in organisierte Bahnen zu lenken und ihr allenfalls noch sofort erreichbare Ziele zu stecken.

Am 8. August tagte der außerordentliche Bergarbeiterkongress in Brüssel und beschloß nach eingehender Debatte die Proklamierung des Generalstreiks in allen Kohlenrevieren. Zugleich wurden die Leitungen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung ersucht, zu prüfen, ob ein Generalstreik aller Berufe zur Unterstützung der Bergarbeiter nicht möglich

wäre. Zu dieser letzteren Anregung hat die Generalkommission seither schon Stellung genommen und zwar, angesichts der Wirtschaftslage und den von der Gesamtarbeiterschaft bereits errungenen Zugeständnissen im ablehnenden Sinne: die Hilfeleistung an die kämpfende Bergarbeiterchaft wird in anderer Weise als durch einen allgemeinen Streik erfolgen.

Der Generalstreik der Bergarbeiter

geht nun um die beiden Forderungen: Aufbesserung der niedrigsten Löhne und Revision des Tarifvertrages in dem Sinne, daß der Kohlenpreis bei Berechnung der Löhne nicht mehr berücksichtigt werden soll. Bisher wurden die Löhne zu drei Vierteln nach dem Lebensmittelpreisindex und zu einem Viertel nach dem Preis der Kohle berechnet. Da der letztere fortgesetzt sank, folgte daraus auch eine fortgesetzte Senkung der Löhne. Der Ausfall dieses Lohnberechnungselements würde gegenwärtig in der Praxis eine fünfprozentige Lohnerhöhung nach sich ziehen.

Die Leitung des Verbandes versucht jetzt auf Grund dieser Forderungen neue Verhandlungen anzuknüpfen. Diese scheinen nicht aussichtslos zu sein. In der Tat hat das Glend in den Kohlengebieten einen Grad erreicht, wo auch die bestehenden Klassen und die Zechenbesitzer mehr und mehr die Notwendigkeit von Zugeständnissen einsehen, wenn sie die Arbeiterschaft nicht tiefer in eine Verzweiflungstimmung treiben wollen, was unabwehrbare Folgen nach sich ziehen könnte.

Bergarbeiternot im Saargrenzgürtel.

Eine Folge des Versailler Vertrages war die vorübergehende Abtrennung des Saargebietes vom Reich, wodurch der preussischen Verwaltungshoheit fünf Landkreise und ein Stadtkreis und der bayerischen die Bezirke St. Ingbert und Homburg entzogen wurden. Die Grenzziehung, die zugleich die französische Zolllinie vorverlegte, machte einen rücksichtslosen Strich durch seit alters her bestehende Verwaltungseinheiten und schuf z. B. im preussischen Gebiet einen Restkreis St. Wendel-Baumholder und Merzig-Wadern. Die von der preussischen Staatsregierung eingerichteten Kreisverwaltungen mußten vollständig neu anfangen und sich zum Mittelpunkt eines kommunalen Lebens konzentrieren. Mit der

Teilung des Saargebietes

in einen sogenannten „Saarstaat“ (der nur im Wortgebrauch der Bevölkerung existiert) und „der andern Seite“ wurde eine „Grenze“ gezogen, die zwar die kulturelle Verbundenheit der Bevölkerung in nichts trennen konnte, die aber eine Reihe erschwerender wirtschaftlicher und sozialpolitischer Art mit sich brachte. Am meisten hat darunter der dem Reich verbliebene Teil des Saargrenzgürtels zu leiden. Dieser beginnt nicht allzu weit von Trier, erstreckt sich über den Hochwald bis zur südlichsten Ecke des belgischen Sandkreises, um an der odenburgischen Grenze des Landesteils Birkenfeld vorbei über den Restkreis St. Wendel-Baumholder in die Pfalzbezirke Kusel und Zweibrücken hineinzuverlaufen.

In diesem Terrain wohnten bis zum Jahre 1927 etwa 6 bis 7000 Bergleute, die alle auf den dem französischen Staat bis zur Volksabstimmung im Jahre 1935 gehörenden Saargruben Beschäftigung fanden. Jetzt ist die Zahl der noch im Saargebiet arbeitenden Bergarbeiter erheblich unter 2000 gesunken. In vielen Orten ist überhaupt kein einziger aktiver Bergmann mehr vorhanden. Die französische Grubenverwaltung hat es im Einvernehmen mit der Regierungskommission des Saargebietes verstanden, bei den vielfachen Entlassungen im Saarbergbau die außerhalb des Saargebietes wohnenden Bergleute prozentual viel stärker heranzuziehen.

Die Folge dieser einseitig betriebenen Abkapfelung,

die dem Schutze des saarländischen Arbeitsmarktes dienen sollte, zeigt sich jetzt in einer trostlosen Lage der abgebauten Bergleute sowie der völlig leistungsfähigen Gemeinden und Gemeindeverbände. So hat z. B. der Restkreis St. Wendel-Baumholder in der Einnahme des Kreissteuers 1932 119 000 M. stehen, wäh-

rend der Wohlfahrtssatz allein mehr als 200 000 M. ausmacht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Wohlfahrtsunterstützungssätze als niedrig bezeichnet werden müssen und mit denen einiger ostpreussischer Landkreise als die tiefstehenden in ganz Preußen gelten. Der Höchstbetrag für ein kinderloses Ehepaar beträgt 30 M. im Monat, dazu kommen Zuschläge für Kinder und sonstige mittellose Personen im Betrage von 5 M. Das ist der theoretische Unterstützungssatz. In der Praxis gibt es bedeutend weniger oder gar nichts. Da eine Anzahl Bergarbeiter etwas Landwirtschaft betreibt — den größten Anteil stellen die Besitzer bis zu einem Hektar —, wird von den Behörden alles als Einkommen verbucht, was nur irgend möglich ist, selbst da, wo das praktisch nicht der Fall ist, weil die Aufwendungen für so einen Zwergebetrieb höher sind als die Erträge.

Das Steueraufkommen

der einzelnen Gemeinden, so gering es infolge der stark verminderten Kaufkraft und der hohen Belastung durch Arbeitslosigkeit ist — sie liegt zum Teil weit über dem Reichsdurchschnitt —, beträgt jedoch ein Vielfaches des Umlagesatzes in anderen Gemeinden und Gegenden. Umlagen von 1500 bis 1800 Prozent sind nichts seltenes. Das bedeutet bei Würdigung der geringen wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeit und den schlechten Verhältnissen der Landwirtschaft angesichts der nahen französischen Zollgrenze außerordentlich viel.

Die so durch die Abtrennung geschaffene Lage haben Länder und Reich auf den Plan gerufen. Das Saarrandgebiet ist in mehrfacher Hinsicht betraut worden. Die beste Maßnahme war

die Saargängerbürsorge,

eine Unterstützung, welche unter bestimmten Voraussetzungen an im Saargebiet beschäftigte Arbeiter vom Reich gezahlt wird, seit Jahresfrist jedoch bedeutend gekürzt ist. Diese Bürsorge besteht seit 1926 und galt zunächst als Ausgleich für den entwerteten Franklohn, später jedoch als eine Notwendigkeit, dem im reichsdeutschen Gebiet wohnenden Saararbeiter die Aufrechterhaltung der Arbeitsstelle zu sichern, die er sonst bei stark gekürztem Einkommen durch die vielen Feiertage von selbst hätte aufgeben müssen. Man muß nämlich wissen, daß die meisten reichsdeutschen Saararbeiter allein an Jahrgeld zur Arbeitsstelle monatlich Aufwendungen bis zu 20 M. haben oder soweit sie die Woche über im Schlafhaus oder Privatquartier wohnen, doppelten Haushalt führen müssen. Die Gewerkschaften und besonders die sozialdemokratische Reichstagsfraktion haben sich um die Einführung und Aufrechterhaltung dieser Bürsorge verdient gemacht. Hoffentlich fällt sie nicht jetzt, wie so vieles andere, der Kürzungswut zum Opfer.

Mit Sorgen muß die

Entwicklung im Saarrandrevier für die Zukunft

betrachtet werden. Die fast einzige Industrie, die Steinbrüche, liegen zu 95 Prozent still. In der Landwirtschaft ist der Typus des Kleinbauern vorherrschend, der mit seinen Familienangehörigen die Arbeit selbst schaffen und höchstens auf Tage eine Hilfskraft verwenden kann. Der gewohnte Arbeitsmarkt des Saargebietes, der den Vätern und Großvätern Arbeit geboten hat, bleibt wegen der Abriegelung durch die Regierungskommission und Nichtgenehmigung des Aufenthalts auf Jahre hinaus versperert. Der mit Eisen betriebene Plan des Bahnbauers Lürkismühle — Rujele — und andere große Rostandobjekte sind wieder unbemerkt in die Schubladen der Regierungstische gelegt worden. Die sonst so heiteren Menschen des Westrichs sind enttäuscht, weil tausende keinen Ausweg wissen. Der im Jahre 1928 begonnene Versuch der Umsiedlung der abgelegenen Saarbergleute ins Wurmrevier ist zum Stillstand gekommen, nachdem auch dort die Arbeitslosigkeit angewachsen ist.

Das im Restkreise Merzig — Wadern angefangene Beginnen, große Rodungen vorzunehmen und Siedlungen einzurichten, sieht noch im Anfang und ist mehr Experiment das sich leider nicht überall verwirklichen läßt. Es muß aber nach Mitteln und Wegen gesucht werden, eine wirtschaftliche Verödung des Saargrenzgürtels zu verhindern. Hier sind noch nützliche Aufgaben für die Regierungen offen. In der Mitwirkung der Gewerkschaften sowie der Parlamentsvertreter und der übrigen interessierten Kreise wird es nicht fehlen, — vorausgesetzt, daß man auch hier überhaupt demokratisch regieren will.

Was wird mit dem Stahlverein geschehen?

Die Bestellung eines Untersuchungsausschusses zur Nachprüfung des Gelsenkirchen-Geschäftes dürfte nunmehr seitens des Reiches endgültig fallen gelassen sein. Da andererseits die Reichsregierung über die beabsichtigten Maßnahmen betr. die Sanierung des Stahlvereins bisher keine offiziellen Erklärungen abgegeben hat, und lediglich in der schwerindustriellen Presse hin und wieder offensichtlich durch maßgebende Persönlichkeiten inspirierte Meldungen über den Stand der Dinge erscheinen, so geht das Rätselraten über das Schicksal des Stahlvereins weiter seinen Weg. Eins steht jedenfalls heute schon mit Sicherheit fest, daß die Ziele der Reichsregierung in der Gelsenkirchen-Angelegenheit dahin gehen, unter allen Umständen den Staatseinfluß bei Gelsenkirchen wieder aufzugeben und den privatwirtschaftlichen Charakter des Stahlvereins in irgendeiner Form zu erhalten.

Daß der Stahlverein saniert werden muß, und zwar letzten Endes mit den Geldern des Reiches, darüber besteht auch in Kreisen der Reichsregierung keine Meinungsverschiedenheit. Schwieriger hingegen ist indes die Lösung des Problems der beabsichtigten Realisierung des vom Reich erworbenen Gelsenberg-Aktienpakets. Ein Interessent für die Aktienmajorität von Gelsenkirchen ist bei den heutigen Kapitalverhältnissen in Deutschland nicht aufzutreiben, selbst wenn das Reich dem Käufer weitestgehende Konzessionen hinsichtlich der Finanzierung des Geschäftes machen würde; aber auch das Ausland dürfte kein Interesse für dieses Geschäft haben, vor allem schon nicht, weil der Erwerb der Gelsenkirchenmajorität zwangsläufig die materielle Sanierung des Stahlvereins durchzuführen muß, sofern er die Substanz seines Majoritätsbesitzes, d. h. die in Gelsenkirchen verpackte Stahlvereinsmehrheit, erhalten will.

Die „Reprivatisierung“ des Stahlvereins, so wie man die Loslösung vom Staatseinfluß heute bezeichnet, kann nur auf dem Wege einer gruppenweisen Abstoßung der betrieblichen Stahlvereinsinteressen erfolgen. Nach unseren Informationen verhandelt das Reich zur Zeit mit verschiedenen großindustriellen Gruppen wegen einer eventuellen Übernahme bestimmter Produktionszweige des Stahlvereins. In erster Linie ist die I.G. Farbenindustrie, die bereits früher schon einmal, wie wir jüngst berichteten, mit dem Stahlverein zwecks Abrundung ihrer Kohlenchemiebasis

verhandelt hatte. Diese Verhandlungen verliefen damals allerdings negativ, da eine Regelung hinsichtlich der Eisenseite nicht durchgeführt werden konnte. Für die eisenproduzierenden Betriebe des Stahlvereins treten nunmehr heute die Gruppe Flick — Otto Wolff und Thyssen als Interessenten auf. Das Reich selbst hat angeblich Interesse an der Übernahme der Kohlenbasis von Gelsenkirchen (Monopol und Adler, Kupferdreh). Außerdem soll beabsichtigt sein, die Interessenten an einer Option auf die vom Reich erworbenen Gelsenberg-Aktien unter bestimmten Voraussetzungen zu beteiligen.

Die sogenannte Reprivatisierung des Stahlvereins bedeutet in Wirklichkeit nichts anderes als eine Vereinfachung des komplizierten Aufbaues des Trustgebüdes, eine charakteristische Zeiterscheinung im Niedergang der kapitalistischen Monopolwirtschaft. Es kann jedoch jetzt schon mit Sicherheit vorhergesagt werden, daß der Weg, den heute die Reichsregierung zur Bereinigung des Gelsenberg — Stahlverein-Komplexes beschreitet, mit ungeheuren Verlusten verbunden sein wird. Einerseits wird sie den etwaigen Interessenten nach Lage der Verhältnisse weitestgehende Konzessionen hinsichtlich der finanziellen Regulierung machen müssen, andererseits wird das Reich niemals bei weitem nicht den Preis erzielen, den man für das Gelsenberg-Geschäft angelegt hat, und überdies wird es mit Bestimmtheit auf einer großen Zahl wertloser Produktionsbetriebe des Stahlvereins sitzen bleiben.

Der Erwerb der Gelsenkirchen-Mehrheit durch das Reich kann vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet nur dann Sinn und Bedeutung gewinnen, wenn das Reich seinen ganzen in der Aktienmehrheit Gelsenkirchen ruhenden Einfluß auf den Stahlverein geltend macht, da in ihm nur als Gesamtkomplex ein wertvoller Schlüssel zur deutschen Wirtschaft liegt. Was die Reichsregierung heute vorhat, ist nichts anderes als eine Rehabilitierung des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems, woran die Allgemeinheit des werktätigen Volkes aber durchaus kein Interesse hat. Mit Rücksicht auf das große allgemein-wirtschaftliche Interesse dieser Transaktion verlangt die Öffentlichkeit klaren Aufschluß über den Stand der Dinge!

HAUS UND LEBEN

Die Krise trifft die Gesundheit.

In Berlin fand kürzlich ein Vortrag des dirigierenden Arztes vom Hufeland-Hospital Dr. Felix Boenheim statt, der sich mit der gesundheitlichen Lage des deutschen Volkes beschäftigt. Aus dem von diesem Redner vorgebrachten Material möchten wir folgende Fälle herausgreifen, welche deutlich zeigen, wie die Krise die Gesundheit des deutschen Volkes vernichtet: Eine Rundfrage bei den Krankenhäusern ergab, daß sehr viel Patienten in einem Zustand bedenklichster Unterernährung aufgenommen werden. So wurde z. B. bei einer Patientin bei der Entlassung ein Körpergewicht von 24 Kilogramm festgestellt. Infolge zureichender Ernährung erreichte sie in kurzer Zeit das Gewicht von 42 Kilogramm. In den Kinderkliniken der Universitäten in Heidelberg und Marburg wurden die gesundheitlichen Schäden bei Kleinkindern auf den Mangel ausreichender Obst- und Gemüseernährung zurückgeführt. In den Großstädten mußte festgestellt werden, daß Kinder im Wachstumsalter nicht einmal genügend Brot erhalten. Bei 10 000 untersuchten Kindern ergab sich ein Zurückbleiben von der normalen Wachstumsgröße um 5 Zentimeter. Bei Kontrollen der Ernährungsweise der Haushaltungen hat sich für Berlin ergeben, daß nicht nur die Arbeitslosenfamilien, sondern die Familien noch beschäftigter Arbeiter zu 80 Prozent die als wissenschaftlich für notwendig erachteten Nahrungsmittel weder der Art noch der Qualität nach zu erstehen in der Lage sind.

Die Behauptung, weite Schichten der Bevölkerung ernährten sich heute besser als vor dem Kriege, ist völlig grundlos. Die amtlichen Statistiken kennen zwar die Rubrik „Hungertod“ nicht, trotzdem gibt es sehr viele Menschen, deren Tod darauf zurückzuführen ist, daß sie „schleichend verhungern“, die unmittelbare Todesursache ist dann freilich „Herzschlag“.

Unheilvoll wirkt sich die Wirtschaftskrise auf die Krankenhausbehandlung aus. Mangels an Mitteln sind viele Krankenhäuser unbesetzt, müssen sogar geschlossen werden. Bezüglich der Dauer der Krankenhausbehandlung zeigt die Statistik, daß aufgenommene Selbstzahler im Durchschnitt 16,9, Krankenkassenmitglieder 26,4 und Wohlfahrtspatienten 30,9 Tage im Krankenhaus verweilen. Dies liegt daran, weil die Selbstzahler in der Regel durch zulängliche Ernährung und bessere Lebensweise so gestärkt sind, daß die Genesung schneller durchgeführt werden kann. Die sozial-pathologischen Auswirkungen der Lebenslage der Bevölkerung sind mannigfaltig: die Selbstmordziffer steigt, die Wohnungsnot — sehr häufig liegen drei Kinder in einem Bett oder zusammen mit Erwachsenen — zeitigt greuliche Sitten. Die Kinderprostitution und die Geschlechtskrankheiten unter den Kindern nehmen zu, der Alkoholismus steigt...

Nur wenige Beispiele aus dem Vortrage von Dr. Boenheim. Wenn auch die Folgen der Unterernährung mit denen des Krieges vergleichbar sind, so aber nicht deren Ursachen. Dazumal herrschte Mangel, jetzt aber Ueberfluß. Die Verelendung des deutschen Volkes ist die Folge der wirtschaftlichen und politischen Krise.

Wunderglaube überaus.

Daß die Not dieser Zeit mit dem Leibe oft auch die Menschenseele zerrüttet, stellen wir täglich fest, vor allem wirkt sich auch die Arbeitslosigkeit vielfach in dieser Weise aus. „Dem ersten Unruhe- und Angstgefühl nach Verlust der Arbeitsstelle“, schreibt hierüber Georg Beyer in der „Gewerkschafts-Zeitung“, „folgt bei längerer Dauer gewöhnlich eine Verzweiflungsstimmung. — Nun folgt meist eine heftige Auflehnungsstimmung, von der nichts verschont bleibt.“ Und Beyer fährt fort: „Von hier aus ist es denn meistens nur ein Schritt in die Reihe aller möglichen Heilslehren und Wunderrezepte.“

Es ist es denn nicht verwunderlich, wenn der Geheimnismittelhandel mehr und mehr um sich greift und wenn er es jetzt gar zu einem Mittel gebracht hat, durch das der Mensch, wie diese Schwindler behaupten, zum Heilseher wird. Ueber diese bedauerliche Zeiterscheinung berichtet Dr. Mamdoz in der „Medizinischen Welt“.

Es handelt sich hierbei um ein „Extrakt“, von dem man in einem Störzglas Tropfen zu nehmen hat. Das Extrakt Nr. 1 ist für die, die nur gelegentlich hellsehen wollen. Das Extrakt Nr. 2 macht den Menschen zum Dauerhellseher. Und wer nicht gern einnimmt, der kann denselben Zweck erreichen, wenn er sich das Extrakt Nr. 3 zwischen Rippen und Knie einreibt.

Es ist empörend, daß gerissene Menschen die Not ihrer Mitwelt so ausnützen. Und es ist bedauerlich, daß der denkende Mensch innerlich so aufgelöst wird, daß er an solchen Schwindler glaubt und zu ihm seine Zuflucht nimmt. Es gibt Zauberrezepte weder für das Einzelleben noch für das große Zusammensein. Nur der klare Kopf bringt uns vorwärts!

34. Woche

Kameraden, sorgt in eurem und im Interesse eurer Organisation für pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags für die Zeit vom 14. August bis 20. August 1932

Wie verbringen Schulkinder ihre Freizeit?

In Mainzer Volksschulen hat man Untersuchungen angestellt über die Zusammenhänge zwischen Schulbesuch, Schulleistung und sozialer Lage, wobei das Vorhandensein eines Zusammenhangs klar erkannt worden ist. Hierbei hat man auch einmal festzustellen versucht, wie die Kinder ihre schulfreie Zeit verbringen, und da hat man gefunden, daß auch die Ausfüllung der Freizeit ganz von der sozialen Lage des Kindes abhängig ist.

Die Ansicht, daß die freie Zeit der Kinder vor allem vom Spiele ausgefüllt wird, trifft nach dem Bericht in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege nicht allgemein zu. Wohl ist das Spiel bei den Knaben in allen Gruppen zu finden, wenn auch in verschiedener Art, bei den Mädchen aber spielt eine wesentlichere Rolle die Arbeit. Bei den Mädchen, deren Mutter tot ist und die so ihrem Vater und den Geschwistern sozusagen den Haushalt führen, nimmt die Arbeit sogar 70 Prozent der freien Zeit ein. Aber auch wenn der Vater tot ist, spielt die Arbeit für die Mädchen oft eine große Rolle. Mädchen, die Waisen sind, haben es danach schon als Schulkinder unter den herrschenden sozialen Verhältnissen recht schwer.

Aber auch die Knaben helfen vielfach daheim. Weniger oder gar nicht allerdings in den Familien, die gut bemittelt sind.

In diesen Gruppen der Kinder aus wohlhabendem Hause stellt Lesen und Musik statt dessen eine wichtige Beschäftigung für die freien Stunden dar. Und zwar ist es so bei den Knaben wie bei den Mädchen.

Der Lebensinhalt schon des Schulkindes ist damit beim Arbeiterkinde anders als bei den Kindern aus bemittelten Familien. Das Arbeiterkind lernt schon früh des Lebens Ernst und des Lebens Unrecht kennen. Die sprichwörtlich gewordene „sonnige Jugendzeit“ wird nicht jedem Kinde geschenkt.

Das Kind gedeiht nur in Frieden.

Nur der Friede ist der Boden für Menschenglück und Menschenentwicklung. Schon am Kinde hat es sich gezeigt, daß die Entwicklung geistig und geistig dann still stand oder zurückging, wenn der Friede dem Kinde nicht gegeben war. So sanken die Leistungen des Kindes in der Schule, wie man beobachtet, wenn die Ehe der Eltern zerbrach. Das Kind wurde mehr und mehr hineingerissen in den Bruch der Eltern, und es verlor den gesunden Boden für sein Werden. Man sollte das Kind darum, soweit es nur geht, vor allem Zwiespalt der Familien bewahren.

Wasser in der Grube.

Eine Plauderei.

Gewöhnlich hat der Laie die Vorstellung, daß aus den Gruben nur Kohle und Erz zutage geschafft werden. Die wenigsten aber wissen, daß auf manchen Gruben das am meisten geförderte Produkt Wasser ist. Unaufhörlich arbeiten die gewaltigen Pumpen, um das nasse Element zu bezwingen. Ununterbrochen rinnt von jeder Zeche ein Bächlein, emsig bemüht, das Wasser fortzutragen. Und wie oft schon sind durch Wasser ganze Sohlen und Zechen „versoffen“, das heißt, wie oft schon ist das Wasser so stark in die Grubenräume eingebrochen, daß dieselben manchmal vollständig unter Wasser gesetzt waren und nicht mehr weiterbetrieben werden konnten?

Es liegt deshalb nahe, daß es in der Grube viele nasse Arbeitsstellen gibt. Diese sind wenig beliebt, doch lassen sie sich nicht vermeiden. Vor dem Querschlag, den ich mit dem alten Schiebhauer Scheibe trieb, regnete es in Strömen. Das über uns gespannte Dach verhinderte nur, daß uns das Wasser unmittelbar auf die Körper lief. Von allen Seiten regnete es. Mit ungeheurer Kraft tobte das Wasser hier unten in der Erde. Eine Probe davon erhielten wir eines Tages beim Bohren. Zu zweien drückten wir den Bohrer in den harten Sandstein. Bei jedem Fuß mußten wir den Bohrer auswechseln, weil er schon stumpf war. Ich hielt den Bohrer aus den Schultern, während mein Kumpel ihn drückte. Plötzlich gab es einen kleinen Ruck, und ehe wir uns über die Ursache im Klaren waren, warf uns ein aus dem Bohrloch kommender Wasserstrahl zu Boden. Wir hatten eine Wasserader angebohrt und nun schloß das Wasser in einem armdicken Strahl aus dem Bohrloch.

Was kümmerte uns in dem Moment der wie wild ratternde Bohrer? Beide waren wir nur darauf bedacht, dieser unfreiwilligen Dusche zu entfliehen. Als wir nachher an unseren Risten standen und unsere nassen Klamotten auswringen, meinte mein Kumpel: „Wir können von Glück reden, daß uns weiter nichts passiert ist.“

Ueberhaupt: das Bohren war immer eine Glücksache. Hatten wir nach mühseliger Blädderei die Löcher endlich drin, dann mußten wir die Schiffe drei- bis fünfmal besetzen. Der Befehl fiel entweder in dem zerklüfteten Gebirge herunter oder das Wasser spülte ihn wieder heraus. Hatten wir den Schuß schließlich doch besetzt, dann war der Zünder naß geworden und die Arbeit wurde unter Fluchen und Schimpfen wiederholt. Es war bloß gut, daß uns bei der Arbeit niemand trieb, sonst hätten wir längst „im Sack gehauen“. Von Kranzschiffen, wie sie vor Querschlägen üblich sind, konnte keine Rede sein. Jeder Schuß mußte einzeln genommen werden — und fix, ehe der Zünder wieder naß wurde. Es wurde besetzt, schnell wegelaufen — es brennt! — die Zündmaschine schnurrte — frach — humm und glücklich atmeten wir jedesmal auf, wenn wir den Schuß frachen hörten.

Nachdem sich das Gebirge gefaltet hatte, gab uns das nasse Element eine reizvolle Abwechslung. Regnete es bisher aus dem Hangenden, so sprang es jetzt aus dem Liegenden. Für uns hatte das den Vorteil, daß wir den bei der Arbeit hindernden Leberanzug nicht mehr anzuziehen brauchten. Fingerdicke Springbrunnen quollen aus dem Liegenden, die manchmal bis zum Hangenden spritzten. Waren wir nicht achtsam genug, dann passierte es, daß mitunter ein Wasserstrahl die Hosenbeine herauf jagte. Ei, wie wir dann tanzten und uns schüttelten! Diese unermüdete Unterleibsabkühlung beseitigten wir, indem wir uns die Hosenbeine unten zubanden.

Endlich war das Wasser soweit zurückgegangen, daß wir mit Zeitgünder schießen konnten. Jetzt begann uns die Arbeit Freude zu machen. Der Querschlag war unser Werk, wir bezwangen die Härte des widerpenigen Steines. Stolz erfüllte uns, denn der Querschlag war ein Denkmal unserer schweren Arbeit.

Eines Tages hatten wir vier Schiffe abzuknallen. Als ich mit dem Befehl fertig war, ging mein Kumpel schon nach seiner Riste, die an einem alten Stapel, etwa 150 Meter von der

Arbeit entfernt stand. Er war ein sehr gewissenhafter Mensch und ging sonst nicht eher fort, bis alles in Ordnung war. Unscheinend hatte er dort etwas zu erledigen — kurz, er ging nicht in unsere Deckstellung, die wir uns ungefähr 30 Meter von der Arbeit in einem Flöz, aus dem wir ein paar Meter Kohle nahmen, gemacht hatten. Mein Kumpel war außer Sicht und weit genug, daß ihm beim Schießen nichts mehr passieren konnte. Ich ging daher in die Deckstellung, band das Kabel an die Zündmaschine, drückte ab und wartete auf das Knallen der Schiffe. Statt des Knallens stand aber plötzlich das ganze Ort in Flammen. Schlagwetter! — durchzuckte es mein Gehirn und dann ließ ich, als wäre der leibhaftige Teufel hinter mir her. Kaum aber war ich aus der Deckung, da knallten die anderen drei Schiffe, daß mir die Steine um die Ohren flogen. Wie durch ein Wunder blieb ich unverletzt. Hätte mich ein Stein an der richtigen Stelle getroffen, ich wäre die längste Zeit zur Grube gefahren. Atemlos erzählte ich meinem Kumpel das Vorgefallene. Der wußte schon Bescheid: „Der Schuß ist ausgeknallt, aber du hast lausig Glück gehabt, daß du nichts abgekriegt hast.“ Das Pulver war also nicht explodiert, sondern ausgebrannt, daher das Feuer vor Ort.

Na, dachte ich, für heute hast du deinen Schreck weg. Es harpte jedoch unser noch eine andere Überraschung. Die Schiffe waren sogenannte Abdecker. Als wir uns wieder der Arbeit näherten, hörten wir schon auf dem halben Wege ein Brausen. „Zuführung kaputt geschossen!“, schrie ich zu meinem Kumpel. Doch schon kam das Wasser durch den Querschlag angerast. Trotz dem wir immer einen Wassergraben von einem Fuß Breite und Tiefe mitgegogen hatten, war schon der ganze Querschlag überflutet. An die Arbeit näher herangekommen, kamen uns schon die Stege, Stempel und das übrige Holz entgegengeschwommen. Wir warteten bis vor Ort, wo wir die Bescherung sahen. Durch das Schießen war im rechten Stoß eine Wasserader von zwei Meter Höhe und einen halben Meter Breite freigelegt worden, welche sich gleich dem Rauschen eines Wasserfalls in den Querschlag ergoß. In anderthalb Stunden stand der 1500 Meter lange Querschlag bis zum Schacht unter Wasser. Drei Tage hatten wir weiter nichts zu tun, als auf Drei-Drittel-Schicht das Sieb zum Sumpfpfeiler freizuhalten, da es sich dauernd zuschlammt. Zum Glück für die Zeche lag unser Querschlag und die Sumpfstrecke im Westen, wo wir als einzige Kolonne arbeiteten. Eine Störung der Förderung wäre sonst unvermeidlich gewesen, denn das Wasser stand bis ein Fuß über den Schienen.

Nach drei Tagen hatte sich das Wasser verlaufen. Während dieser Zeit hatte es vor Ort eine ungefähr acht Meter lange Klüft im Stein ausgehöhlt, in die man hineinkriechen konnte. Hielt man die Lampe in diese Klüft, dann blinkte und flimmerte es, als hinge lauter Gold an den Wänden. Das Wasser hatte den Stein fortgespült und dadurch das härtere Erz bloßgelegt. In wunderbaren Widerspiegelungen glitzerte es in tausendfältiger Pracht. Gleich einem versunkenen Märchenschloß öffnete sich verborgener Glanz und Reichtum. Geheimnisvolle Sagen vor entschwindenden Zeiten wurden beim Anblick der Wunderhöhle lebendig. Als der Betriebsführer dieses Naturwunder sah, gab er uns die Anweisung, vorläufig das Ort so zu lassen und keinerlei Veränderung daran vorzunehmen. Wir wußten schon warum — wegen der „hohen“ Herrschaften! So etwas wollten die sich nicht entgehen lassen. Und sie kamen auch alle, vom Einfahrer bis zum Assessor und Inspektor, um sich das seltene Naturgebilde anzusehen. Ich mußte dann jedesmal in die Klüft hineinkriechen und das Erz herausholen, das in den sonderbarsten Formen kristallisiert war. Eine ganze Woche dauerte es, bis der Besuch abflaute. Die Neugierde und der Wissensdurst der Lehrer und Beamten waren gestillt, unsere schöne Zeit war vorbei, denn wir mußten wieder die Arbeit aufnehmen.

Mittels Sprengstoff war die Wunderhöhle bald zerstört. Einige besonders kunstreich geformten Erzstücke nahm ich zum Andenken mit nach Hause. Dort stehen sie auf dem Regal und erinnern mich an das nicht alltägliche Erlebnis in der Grube. Sch.

Kameraden! Nachdem die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten (Arbeiterbank) in fast allen Gauen Deutschlands Filialen und Zahlstellen besitzt, sind auch unsere Mitglieder verpflichtet, ihr eigenes Geldinstitut in Anspruch zu nehmen. Für die Mitglieder und Funktionäre des Verbandes sind folgende Filialen und Zahlstellen erreichbar, wo Verbands- und Spargelder hinterlegt werden können:

FILIALEN:
DACHAU
DRESDEN
DRESDEN
FRANKFURT a. M.
HAMBURG

SPART BANK DER ANGESTELLTEN UND BEAMTEN

BERLIN 514, WALLSTRASSE 65



HANNOVER
MÜNCHEN
SAARBRÜCKEN

Zahlstellen: Aachen, Celle, Cottbus, Düsseldorf, Gießen, Gleiwitz, Halle, Hannover, Köln, Magdeburg, München, Saarbrücken, Neunkirchen, Püttlingen-Völklingen, St. Ingbert, Sulzbach, Trier, Waldenburg und Weißwasser N.-L. • Zahlstellen im Ruhrgebiet: Dortmund, Duisburg, Essen; Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hamborn, Hamm, Hattingen, Herne, Lünen, Oberhausen, Recklinghausen, Wanne, Witten.

Aus dem Bezirk Köln.

Hubertus macht einen neuen Laden auf.

Am 14. Juli wurde den Belegschaftsmitgliedern des Hubertus-Konzerns folgendes reizendes Flugblatt überreicht:

„Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation (N. S. B. D.)
Hubertus-Konzern.“

Der Belegschaft der zum obengenannten Konzern gehörigen Gruben Hubertus, Ziefelsmaar, Concordia, Türnich und Abraumbetrieb teilen wir mit, daß mit dem heutigen Tage die Betriebszellen in vorgenannten Betrieben eröffnet sind.

Als Betriebszellenobleute sind ernannt:

1. Grube Hubertus: Beck, Jakob.
2. Grube Ziefelsmaar: Wißkirchen, Bernh.
3. Grube Concordia: wird noch bestimmt.
4. Grube Türnich: wird noch bestimmt.
5. Abraum: Schommes, Jakob.

Das Ziel der N. S. B. D. wird sein, Zusammenschluß aller Arbeiter der Stirn und Faust zu einer starken Kameradschaftl. Gemeinschaft und frei von marxistischer Gewerkschaftsbonzokratie, die Interessen der Arbeiterschaft in sozialer und kultureller Hinsicht sicherzustellen.

Rechtsschutz in allen vorkommenden Fragen wird voll gewährt nur mit dem Unterschiede, daß bei uns der Arbeiter monatlich 50 Pf. und der Angestellte 1 M., während bei den Gewerkschaften wöchentlich 90 Pf. zu zahlen sind.

Arbeiter, Angestellte, heraus aus den roten und schwarzen Organisationen. Macht Schutz mit der Gewerkschaftsbonzokratie roter und schwarzer Couleur. Herein in die N. S. B. D.!

Betriebszellenleitung im Hubertus-Konzern. Dünwald.

„Roter und schwarzer Couleur“. Hui Teufel, ihr „nationalen“ Heiden. Kennt ihr kein „teufliches“ Wort für dieses „fremde Geschmeiß“? Auch auf euch scheinen die Worte des alten Goethe zutreffen: „Denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort die rechten Zeit sich ein“. Außer den genannten vier Personen und vielleicht den Mitgliedern der Direktion wird wohl noch kein sonstiger Arbeiter diesem neuen Gebilde angehören. Sonst hätte man ja auf den beiden genannten Gruben auch schon einen Vertreter „bestimmt“. Ein Vorschlag zur Güte. Seht doch einfach die Namen des Direktors Schmidt und des Ingenieurs Kersting hin, dann habt ihr nicht nur Vertreter, sondern die Öffentlichkeit weiß dann auch, was der Arbeiterschaft längst bekannt ist, daß nämlich der Wille der Direktion auch der Wille der NSBD ist. Die vor einigen Jahren gegründete gelbe Gewerkschaft „Der Deutsche Arbeiter“, die vom Bergbauverein, der reaktionärsten Unternehmerorganisation im Ruhrrevier, unterstützt wurde, und die auch einen Vertreter auf Hubertus im Betriebsrat hat, scheint wohl durch die „arbeiterfreundliche“ Tätigkeit dieses Mitgliedes zu arg in Mißkredit gekommen zu sein, weshalb wohl auch der neue Laden aufgemacht wird.

Es hat tatsächlich den Anschein, als ob dieses Mitglied nur in den Betriebsrat entsandt wurde, um den Hörcher zu spielen, denn der anhaltende Rendselverehr dieses Mannes mit seinem politischen und betrieblichen Vorgesetzten, Herrn Kersting, läßt diesen Gedanken sehr nahe liegen. Der Nachweis, daß dieser „Arbeitervertreter“ auch nur in einem einzigen Falle etwas für die Arbeiterschaft getan hat, wird nie zu erbringen sein. Aus diesem Grunde muß eben dem Rinde, das ein und dasselbe ist, ein neuer Namen gegeben werden.

Der auf Hubertus angegebene Funktionär der NSBD hat schon soviel für die Arbeiterschaft getan, daß der größte Teil der Belegschaft überhaupt nicht weiß, daß er dort beschäftigt ist. Hat ihm etwa auch seine Gesinnung zur Arbeit verholten? Ist das derselbe Mann, der sich damals hilfesuchend an den Betriebsrat wandte? Dieser Mann, der nicht in der Lage ist, sich selbst zu verteidigen, ist so recht zum Vertreter nach dem Herzen der Direktion geschaffen.

Sieh da, auch Herr Wißkirchen hat jetzt sein Herz für die Arbeiter entdeckt. Er hat auch alle Ursache, denn da er in seinem Nebenberuf eine Gastwirtschaft betreibt, ist er ja auf die Gelder der Arbeiter, die diese bei ihm vertrinken sollen, angewiesen. Die Direktion sieht Unfallrentner als Doppelverdiener an und will ihnen den Lohn kürzen. Ist das hier etwa kein Doppelverdiener? Wie groß ist eigentlich das Vermögen dieses Mannes außer der Gastwirtschaft und Landbesitz? Und trotzdem steht dieser „nationale Held“ noch im Angestelltenverhältnis. — Für den Abraum ist Schommes Jakob genannt. Soll das etwa derselbe Mann sein, der als früherer Bahnbeamter trotz größter Anstrengung eine befriedigende Kasse nicht zuwege brachte, deshalb gehen mußte und heute eine große Rolle in der Nazibewegung spielt?

Eine Marke für sich ist der verantwortliche Unterzeichner der Zellenleitung, Dünwald. Hänchen, der „Ingenieur“, hat also doch noch eine „leitende“ Stellung bekommen, nachdem es zuerst den Anschein hatte, als ob sein auf dem Technikum erworbenes Wissen nur dazu reichte, als Pumpenwärter zu fungieren, eine Arbeit, die sonst nur von ausgedienten und unfallverletzten Arbeitern ausgeübt wird. Ob das „Pumpen“ wohl eine besondere Eigenschaft dieses Mannes ist?

Das im Flugblatt angegebene Ziel der NSBD ist ja sehr schön. Das beste Beispiel eines solchen Experiments, „frei von gewerkschaftlicher Bonzokratie“ die Interessen der Arbeiterschaft zu wahren, hat ja in den letzten Jahren die Direktion von Hubertus, die vielleicht auch den Rechtsschutz der NSBD übernimmt, durchzuführen versucht, was aber zum größten Teil durch diese dreimal verführte Bonzokratie und die Betriebsräte, „roter und schwarzer Couleur“ verhindert wurde. Das in den letzten Jahren hochgepöbelte und gehätschelte Vieblingskind, die gelbe Gewerkschaft, hat also doch nicht ganz den gewollten Zweck erreicht. Hänchen wird nun einmal mit dieser „roten und schwarzen Couleur“ andere Register aufziehen.

Zu deutlich ist gerade auf Hubertus den Arbeitern gezeigt worden, was von dieser Gesellschaft, die sich „national“ nennt, zu erwarten ist. Auch die Tatsache, daß auf dem Werksgelände die Flugblätter von „werkfremden“ Elementen, wie auf Grube Ziefelsmaar, verteilt werden konnten, zeigt schon, wie stark die Direktion mit diesem Geschmeiß sympathisiert. Da die NSBD es unterlassen hat, ihr wirkliches Ziel den Arbeitern zu sagen, wollen wir dieses etwas nachholen. In einem vertraulichen Rundschreiben dieser Bande, das vor kurzem in der „Bergbau-Industrie“ veröffentlicht wurde, heißt es u. a.:

„Werden eigene Betriebszeitungen herausgegeben, so sind in den Illustrationen und im Text die Herren Arbeitgeber und leitenden Beamten (außer es seien Juden) nach größter Möglichkeit nicht zu kritisieren. Ist es unumgänglich notwendig, dann in maßvoller Form.“

Und um zu zeigen, wie groß ihre Kapitalistnechtschaft ist, führen wir noch folgendes aus dem Rundschreiben hinzu:

„Jeder Nationalsozialist ist ferner verpflichtet, im Betrieb jeden marxistischen Funktionär, gleichgültig welcher Schattierung, mit genauer Adresse festzustellen.“ — „Ist der Arbeitgeber Parteigenosse, so steht demselben das Recht zu, dauernd auf dem laufenden gehalten zu werden.“ — „Wichtig ist noch, daß die Herren Bg. Arbeitgeber darauf hingewiesen werden, daß bei eventuellen Wohnuntersuchungen eine nationalsozialistische Belegschaft der

wirtschaftlichen Lage immer ein anderes Verständnis entgegenbringen würde, als eine marxistisch verhehte.“

Deutlicher braucht die Kapitalistnechtschaft dieser gewerkschaftlichen Säuglinge nicht demonstriert zu werden, als sie es in diesem Rundschreiben selbst tun. An ihren Worten sollt ihr sie erkennen, heißt es schon in der Bibel, und so schämt auch die Arbeiterschaft all diejenigen ein, die ihre Vertretung übernehmen wollen. Menschen aber, die es noch nicht einmal wagen, sich selbst zu vertreten, wie die genannten Funktionäre der NSBD, werden niemals das Vertrauen der Arbeiterschaft erhalten. Aller Dummfang der Hubertus-AB. oder der vermutlich von ihnen beauftragten NSBD, wird vergebens sein, denn die Arbeiterschaft hat aus dem Verhalten der Verwaltung in den letzten Jahren gesehen, wo sie hingehört. Der größte Teil der Belegschaft hat sich eingereiht in die Eisernen Front, wo sie kämpft gegen die Kapitalistnechtschaft der Hitlerbarone und für die Freiheit des Proletariats!

Krümpersystem auf der Grube Fortuna.

Durch den durch die Notverordnung vom 6. Oktober 1931 in das WVBG. hineingekommenen § 89 b ist die Einführung des Krümpersystems, eine der modernsten Forderungen der organisierten Arbeiterschaft, möglich geworden. Ursprünglich sollte das Krümpersystem nur da eingeführt werden, wo sich dadurch Neueinstellungen von Arbeitern ermöglichen. Die Erwartungen, die die Gewerkschaften diesbezüglich in den Staat gesetzt hatten, blieben aus. Es blieb bei einer Verordnung, die uns den obengenannten Paragraphen brachte und eine Vermittlung durch die Landesarbeitsämter ermöglichte, mit der der riesigen Arbeitslosigkeit aber nur negativ zu begegnen ist.

Nach einem Bericht der Reichsanstalt sind nach dem Stande vom 15. Mai 1932 im ganzen Reichsgebiet 113 Zulassungs- und 9 Ablehnungsbefehle von den Landesarbeitsämtern herausgegeben worden. Gemessen daran, könnte man mit der allmählichen Durchführung des Krümpersystems in der Zukunft rechnen. Obwohl der Bergbau mit nur acht Betrieben erfasst ist, werden doch rund 4200 Personen, darunter 900 Frauen, aus dem Bergbau von der Arbeitslosenversicherung als Krümper unterstellt. Beachtlich dabei ist, daß in allen Industriezweigen das Krümpersystem praktisch so durchgeführt ist, daß der Krümper nur jeden achten oder neunten Monat im Jahre zu feiern braucht und der Lohnausfall im Jahresdurchschnitt nicht über 11 Prozent liegt. Soweit sich aus dem Bericht der Reichsanstalt feststellen läßt, sind alle anderen Anträge abgelehnt worden. Die Einführung ist mit Rücksicht auf die Arbeitsordnung in erster Linie, weil kein Gesetz vorhanden ist, abhängig von einer Betriebsvereinbarung mit dem Betriebsrat bzw. Arbeiter- oder Angestelltenrat, soweit sie nicht im Tarifvertrag geregelt ist.

Auf Grube Fortuna in der rheinischen Braunkohle ist man nun auch dazu übergegangen, eine solche Vereinbarung mit der

rend des Krümpermonats die Krankenunterstützung sich den Sägen der Arbeitslosenunterstützung anpaßt. Diese beträgt durch generelle Vereinbarung mit der Reichsanstalt die Hälfte der jeweiligen Unterstützungssätze vom ersten Tage an. Die Mitgliedschaft in der Kranken- und Pensionskasse sowie der Invalidenversicherung wird in keinem Falle unterbrochen. Wird der Krümper krank, wenn er wieder in Arbeit steht, so treten die alten Unterstützungssätze dem Lohn Einkommen entsprechend wieder in Kraft.

Allgemein betrachtet kann man dem Krümpersystem im Prinzip zustimmen, obschon wir jeden Abbau verneinen müssen. Das gesamte Arbeitsvolumen kann dadurch vergrößert werden. Man kommt den Forderungen der organisierten Arbeiterschaft entgegen und macht dem Sozialismus ein Zugeständnis. Es bedarf aber einer einigen und geschlossenen Arbeiterschaft, um es im sozialen Sinne zu gestalten. Und dennoch! Es ist eine traurige Deutlichkeit zum Ausdruck kommt. Vor einiger Zeit baute man auf Grube Fortuna aus „betrieblicher Notwendigkeit“ eine Großraum-Förderanlage. Nach der Fertigstellung wurde der erste Zug blumenbekrönt aus der Grube gefahren. Die Leistungssteigerung war verblüffend. Nun kommt das „Plus“: erhöhter Arbeitsmangel, Arbeitsmangel — Abbau. 26 Arbeiter wurden bereits früher entlassen, 180 Mann müssen jetzt krümpern; die Neuanlage kann nicht ausgenutzt werden. Die Unernunft feiert Triumph! — Bald werden die Lorbeerkränze der kapitalistischen unvernünftigen Rationalisierung und Technisierung zum Leichentanz ihrer eigenen Ordnung werden!!

Aus dem Saarrevier.

Protest der Arbeitnehmervertreter

im Vorstand der Saarnappphast gegen die Maßnahmen des Oberbergamtes.

Mir haben bereits an anderer Stelle auf die rücksichtslosen Maßnahmen des Oberbergamtes hingewiesen und es ist selbstverständlich, daß auch die Arbeitnehmervertreter im Vorstand der Saarnappphast ein solch diktatorisches Vorgehen des Oberbergamtes nicht stillschweigend hinnehmen konnten. In der Vorstandssitzung der Saarnappphast am 20. Juli d. J. haben die Arbeitnehmervertreter folgende Erklärung abgegeben, die den Standpunkt aller Verlierer darstellt:

„Durch den Beschluß des Oberbergamtes vom 11. Juli 1932 betr. Maßnahmen zur Sanierung der einzelnen Kassen sind wir außerordentlich peinlich überrascht worden. Wir halten die Anordnungen des Oberbergamtes zur Zeit nicht für notwendig und stehen weiterhin auf dem Standpunkt, daß der Beschluß der erforderlichen gesetzlichen Grundlage entbehrt. Es ist bisher in keiner Form der Beweis erbracht, daß die angeblichen Defizite wirklich in Erscheinung treten, und wenn faktisch ein solches in Erscheinung treten würde, wäre es immer noch an der Zeit gewesen, entsprechende Anordnungen zu geben, falls der Vorstand bzw. die höchste Instanz der Saarnappphast — die Generalversammlung — nicht von sich aus die notwendigen Vorkehrungen zur Abwehr entsprechender Defizite getroffen hätte. — Es muß hiermit unbedingt unserem Bestreben Ausdruck gegeben werden, daß das Oberbergamt als Aufsichtsbehörde, ohne der Generalversammlung der Saarnappphast und deren Vorstand Gelegenheit zu geben, sich selbst mit der Sanierungsfrage zu befassen, mit sonst nicht gewohnter Eile schwer einschneidende Bestimmungen erlassen hat, die sowohl die knappschaftlich Versicherten als auch die knappschaftlichen Rentempfänger in ihrer Lebenshaltung zu gefährden geeignet sind.“

Nach den Vorschriften des zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung müßte die knappschaftliche Krankenkasse insgesamt den Betrag von 9 Mill. Fr. als gesetzliche Reserve aufzuweisen haben. Nachweisbar hat jedoch diese Kasse nicht nur 9 Mill., sondern 49 Mill. Fr. als Reserve aufzuweisen. Demnach wäre u. E. überhaupt keine Veranlassung für die Aufsichtsbehörde gegeben, in dieser Kasse Leistungsverschlechterungen zu diktieren, da evtl. geringe Defizite durch Heranziehung der Reserve Mittel auf viele Jahre hinaus zu decken gewesen wären.

Gänzlich unverständlich und direkt empörend hat es in den Kreisen der Versicherten gewirkt, daß das Oberbergamt in eigener Unempfindlichkeit gegenüber der Notlage der Knappschaftspensionäre einen Abbau der Pensionsbezüge im annähernd 15 Prozent verfügte. Die bisher geltenden Leistungssätze durften wohl als das Minimum dessen anzupreisen sein, was ein Pensionär notwendigerweise zum Leben benötigte. Durch die rigorose Herabsetzung der Bezüge sind diese knappschaftliche Rentempfänger zum Hungern verurteilt. Der Wille eines sozial denkenden Gesetzgebers kann dies niemals sein.

Wir verlangen deshalb einmütig die Aufhebung dieser Bestimmung und haben auch die bestimmte Hoffnung, daß die Regierungskommission im Hinblick auf die Notlage der Knappschaftspensionäre unserem Verlangen stattgeben wird.

Nachdrücklichst machen wir wiederum darauf aufmerksam, was unsere Organisationsvertreter bereits in früher stattgefundenen mündlichen Verhandlungen zum Ausdruck brachten. Durch die Wirtschaftskrise im Saarbergbau sind tausende Knappschaftsmitglieder sehr frühzeitig pensioniert worden. Darunter befinden sich noch außerordentlich viele, die heute noch auf Jahre hinaus in ihrer Berufsarbeit ständen, wenn sie nicht infolge Arbeitsmangels arbeitslos geworden wären. In diesen Fällen tritt die Knappschaft als Versicherungsträger versorgend auf und entlastet dadurch den Etat der Regierungskommission und die öffentlichen Wohlfahrtsstellen. Bei eingehender Würdigung durch die Regierungskommission würde diese feststellen müssen, daß mindestens 6000 Pensionäre in dieser Weise durch die Saarnappphast versorgt werden. Dadurch entziehen der Saarnappphast resp. ihrer Pensionskasse Mehrausgaben in Höhe von 18 bis 20 Mill. Fr. jährlich. Es dürfte daher unsere Forderung, die Regierungskommission wolle aus Mitteln der Landeskasse wenigstens einen angemessenen Betrag zur Sanierung der Knappschafts-Pensionskasse beisteuern, als recht und billig erscheinen. Auch diesbezüglich hoffen wir, bei den zuständigen Mitgliedern der Regierungskommission das notwendige Verständnis zu finden.

Den Beschluß des Oberbergamtes lehnen wir wegen seiner Untragbarkeit für die Versicherten und Rentempfänger in allen Teilen ab und fordern, daß eine Nachprüfung desselben erfolgt, wodurch die Regierungskommission zur Erkenntnis kommt, daß der Beschluß übereilt herausgegeben worden ist und denselben wieder aufhebt.“

Die Arbeitnehmervertreter im Knappschaftsvorstand haben außerdem am 20. Juli mit einer Eingabe an Herrn Minister Morize, dem das Oberbergamt als Aufsichtsbehörde der Saarnappphast unterstellt ist, Einspruch eingelegt. In diesem wird dargelegt, daß der Beschluß des Oberbergamtes nachgewiesenermaßen ungültig ist und deshalb die Aufhebung des Beschlusses verlangt wird. Der Einspruch hat folgenden Wortlaut:

„Die unterzeichneten Mitglieder des Vorstandes der Saarnappphast legen hiermit gegen den Beschluß des Oberbergamtes vom 11. Juli 1932 Rekurs ein, mit dem Antrage, das Mitglied

Kameraden!

Der schwierige Wahlkampf liegt hinter uns. Es gibt aber kein Ruhen und Rasten. Vieles steht noch für uns auf dem Spiele. Mehr denn je ist eine starke Organisation notwendig. Nicht nur einzelne dürfen werden und neue Mitglieder gewinnen, sondern in den nächsten Wochen und Monaten wird es jedem Verbandsmitgliede zur Pflicht gemacht, mindestens ein neues Mitglied zu werben.

Die Unorganisierten in Betriebe müssen sich organisieren, desgleichen die Arbeitslosen.

Darum werbt, agitiert!

Betriebsvertretung zu treffen, um eine größere Zahl von Entlassungen — 60 Mann — zu vermeiden. Wie uns berichtet wird, hat die Grubenverwaltung dabei aber von einem sozial geradezu unverständlichen Standpunkt ausgehen wollen. 180 Mann sollten ohne soziale Berücksichtigung der Einzelfälle aus der Belegschaft herausgezogen werden und in drei Abteilungen von je 60 Mann abwechselnd einen Monat beurlaubt werden. Der eingetragene Krümper hätte dann acht Monate im Jahre gearbeitet und vier Monate gefeiert, was einen Lohnausfall im Jahresdurchschnitt, wenn man die Krümperunterstützung mit in Anrechnung bringt, von 27 Proz. bedeutete hätte. Zweifellos wäre damit die Grenze des Existenzminimums unterschritten. Dielem Anninnen hat sich die Betriebsvertretung mit der Begründung entgegengestellt, daß das Krümpersystem nur dann sozial tragbar wäre, wenn die Belegschaft mindestens zu vier Fünftel erfasst sei. Dann mag die Einführung des Krümpersystems in einem rein maschinell arbeitenden Braunkohlenbetriebe auch schwierig sein, was man nicht verkennen darf. Bei nur etwas ehrlichem Willen läßt sich aber auch hier viel erreichen. Besonders auf Grube Fortuna, wo in einer Belegschaftsstärke von rund 625 Mann eine Betriebsreserve von 120 Mann steht, läßt sich nach dem Dafürhalten des Arbeiterrats die ganze Belegschaft erfassen. Diese Folgerung ist schon deshalb richtig, wenn man bedenkt, daß bei einer Beurlaubung von 60 Mann die Reserve nur zur Hälfte eingesetzt zu werden braucht. In einem solchen erweiterten Personenkreis wäre dann auch ein Auswechseln der Belegschaft in Gruppen von 60 Mann sozial tragbar. Will diesem Vorbesatz hat man die Betriebsvertretung der Grube Fortuna eine Vereinbarung mit der Grubenverwaltung abgeschlossen. Danach wird auf Grube Fortuna verlockungsweise für drei Monate das Krümpersystem — 180 Mann umfassend — eingeführt. Läßt nach drei Monaten der Betrieb keine Erweiterung zu, so wird man das Krümpersystem ad acta legen müssen.

Schwerwiegend war beim Abschließen dieses Vertrages die Regelung des Urlaubes, der Deputate und der Sozialversicherung. Die Verhandlungen haben sich durchaus schwierig gestaltet, und man ist zu folgender Vereinbarung gekommen: Dem vom Krümpersystem erfassen Arbeitern wird der Tarifurlaub entgegen der Forderung des Arbeitgebers anteilmäßig gewährt; die Deputate zu 100 Proz. In der Sozialversicherung werden die Krümper den Arbeitslosen gleichgestellt, so daß im Krankheitsfalle wä-

der Regierungskommission für Handel und Gewerbe wolle diesen Beschluß wieder aufheben.

Begründung:

Das Oberbergamt hat bei seiner Beschlusfassung das bestehende Recht nicht eingehalten und zwar deshalb, weil 1. die Voraussetzung des § 41 Abs. 4 des Knappschaftsgesetzes nicht vorliegt, und 2. vor Abbau der gesetzlichen Pflichtenleistungen zuerst die Mehrleistungen hätten beigesteuert werden müssen.

Die finanzielle Lage der Krankentasse u. Pensionskasse A der Saarnknappschaft ist keinesfalls so schlecht, daß ein zwangswelcher Abbau der Leistungen, wie er vom Oberbergamt in einer noch nie dagewesenen Weise vorgenommen wurde, berechtigt und begründet wäre. Das Vermögen der Krankentasse beträgt jetzt immer noch etwa 44 Mill. Fr. Es gibt keine Krankentasse im Saargebiet, welche ein solches Vermögen und einen so geringen Beitrag aufweist. Gerade mit Rücksicht auf die immerhin ansehnliche Reserve dieser Kasse wurde ab 1. Juli 1931 der Beitrag wesentlich herabgesetzt. Die Regierungskommission hatte gleichfalls bei Erlass der Notverordnung betr. Sicherung des Bestandes der Sozialversicherungsträger diese gute finanzielle Lage der Krankentasse anerkannt und deshalb auch dieselbe vor jedem Abbau ihrer Leistungen verschont. Der Beitrag zu dieser Kasse steht immer noch weit unter dem gesetzlichen Satz des § 388 der R.V.D. Er beträgt keine 6 Proz., sondern nur 5,35 Proz. des Grundlohnes und widerspricht schon aus diesem Grunde das Eingreifen der Aufsichtsbehörde den gesetzlichen Bestimmungen.

Wenn auch anerkannt werden muß, daß nicht das ganze Vermögen der Krankentasse flüssig gemacht werden kann, so muß doch betont werden, daß immerhin noch große Teile desselben flüssig zu machen sind. Leider ist durch die in den letzten Jahren gebildete Vermögensmasse nicht mehr festzustellen, wie sich das Vermögen der einzelnen Klassen zusammensetzt. Nach dem Jahresbericht von 1930 ist jedoch das Gesamtvermögen mit rund 167,9 Mill. Fr. eingeteilt, wovon 82,25 Mill. Fr. Grundbesitz und Mobilien sind, 36,3 Mill. Fr. sind in Darlehen angelegt, 28,5 Mill. Fr. sind Wertpapiere und 24,7 Mill. Fr. sind als Barbestand eingeteilt. Dieses Gesamtvermögen wird sich bis jetzt nicht wesentlich verschoben haben, weil nennenswerte Zuschüsse in den einzelnen Klassen bisher nicht gemacht wurden. Ein wesentlicher Teil des Vermögens kann flüssig gemacht werden, und wo die Flüssigmachung jetzt nicht möglich oder nicht angängig ist, können dafür Anleihen aufgenommen werden, die übrigens schon von der Arbeiterbank zu sehr angemessenem Zinssatz angeboten worden sind. Die Saarnknappschaft hat bisher von diesem Angebot keinen Gebrauch gemacht und sie kann sich somit nicht in großen Geldschwierigkeiten befinden.

Was für die Krankentasse angeführt ist, trifft auch für die Finanzlage der Pensionskasse A zu. Bei dieser Kasse ist noch besonders darauf hinzuweisen, daß sie im Jahre 1931 mit mehr als 3 Mill. Fr. Ueberzuzug abschloß und auch im ersten Halbjahr 1932 nennenswerte Zuschüsse nicht erfordert hat. Ihr Vermögen betrug Ende 1930 rund 59,6 Mill. Fr. und wird jetzt immer noch mehr als 62 Mill. Fr. betragen. Diese Kasse würde sogar noch Ueberzuzug abwerfen, wenn der Anfang des Jahres von der Regierungskommission beschlossene Weg, die Knappschaft von der Zahlung von Pensionen an Erwerbslose zu entlasten, durchgeführt worden wäre. Führt man ihr die durch den Bezug der Knappschaftspension ersparten Gelder der Erwerbslosenfürsorge zu, dann wird sie im Jahre 1932 — trotz Belegschaftsabbau — auch noch ohne Zuschüsse abschließen.

Das Oberbergamt hat aber auch noch in dieser Kasse bei seiner Beschlusfassung gesetzliche Leistungen ermäßigt und dabei die Struktur der bisherigen nach den gesetzlichen Bestimmungen zu berechnenden Pensionen geändert. Es hat den im Gesetz festgesetzten Grundbetrag um die Hälfte herabgesetzt. Dabei hat es auch die Pensionskassenleistungen nur für einen Teil der Empfänger herabgesetzt und zwar noch für den Teil, welcher das geringste Einkommen hat. Der § 41 Absatz 1 des Knappschaftsgesetzes sieht aber ausdrücklich vor, daß vor jeder Herabsetzung anderer Leistungen zuerst die über die gesetzlichen Steigerungssätze hinaus gewährten Steigerungssätze ermäßigt werden müssen. Es ist selbstverständlich, daß vor dem Abbau der gesetzlichen Mindestleistungen die bisher gewährten Mehrleistungen zuerst abzubauen sind. Neben den Zusatzsteigerungssätzen gibt es aber noch sonstige Mehrleistungen.

Der Beschluß des Oberbergamtes widerspricht somit den gesetzlichen Bestimmungen und ist aufzuheben.

Die Arbeitnehmer des Vorstandes der Saarnknappschaft.

Die Kranken Bergarbeiter sollen mit ihren Familien verhungern.

Durch Verfügung des Berghauptmanns, im Namen der Regierungskommission, sollen die im Krankenhaus liegenden Bergarbeiter mit ihren Familien verhungern. Ohne Grund hat diese Behörde die Bezüge der Krankenhauseinassen wie nachstehend ab 1. August gekürzt:

	Bisher	Ab 1. Aug.
verheiratet ohne Kind	13,60 Fr.	8,50 Fr.
1 Kind	15,80 Fr.	10,20 Fr.
2 Kind.	17,00 Fr.	12,40 Fr.
3 Kind.	17,00 Fr.	14,10 Fr.
4 Kind.	17,00 Fr.	15,80 Fr.
5 Kind.	17,00 Fr.	17,00 Fr.

Mit 8,50 Fr. soll der kranke Bergarbeiter seine Familie ernähren. Der lungenkranke, der verunglückte Bergmann soll monatelang zu seinem körperlichen Leiden auch das seelische Leid tragen, daß seine Familie hungert. Jedes menschliche Gefühl scheint bei dem Oberbergamt und der Regierung entflohen zu sein. 45 Mill. Fr. Vermögen sind vorhanden, wo das Gesetz nicht einmal den zehnten Teil vorschreibt, trotzdem diese unerhörten insozialen Maßnahmen. Der Bergarbeiter zahlt nun in gefunden Tagen seine Beiträge, um in der Not zu verhungern. Oder glaubt die Regierung, daß der kranke Bergmann noch unter den Sägen der Erwerbslosen- und Wohlfahrtsfürsorge schmachten soll. Ein Beweis mehr, daß die fremden Menschen, welche uns regieren, mit der Arbeiterschaft keine Fühlung haben, jeden Gefühls bar zu sein scheinen.

Die Familie eines im Krankenhaus liegenden verunglückten Menschen hat das Bedürfnis, ihren Angehörigen einmal in der Woche zu besuchen. Mit 8,50, 10,00 oder 12,00 Fr. ist dies nicht möglich.

Bergarbeiter, arbeite noch vorsichtiger als bisher. Denke daran, daß deine Familie mit 8,50 Fr. bei einem Unfall monatelang zum Hungern verurteilt ist!

96 Fr. Monatsbeiträge, 45 Mill. Fr. Vermögen, und 8,50 Fr. pro Tag Krankengeld! So will es die Regierungskommission; die Gewerkschaften lehnen diese Reaktion ab.

Die Krankenhausbehandlung der Bergarbeiterfamilie nicht mehr möglich.

Es ist das Verdienst des Oberbergamtes, durch eine Verfügung den Familienangehörigen der Bergarbeiter die Krankenhausbehandlung unmöglich zu machen.

Bis zum 1. August hatte der Bergarbeiter, wenn seine Frau oder Kinder eine Krankenhausbehandlung notwendig hatten, 12,50 Fr. pro Tag zu zahlen, dazu 50 Prozent der Arzneimitteln. Vom 1. August ab sind von dem Bergmann der ganze Betrag von 29 Fr. und die gesamten Arzneimitteln aufzubringen.

Die „hohe“ Regierungsweisheit will damit die Krankentasse sanieren. Welcher Bergarbeiter ist in der Lage, pro Tag 29 Fr. und Arznei für seine Frau im Krankenhaus aufzubringen? Er verdient bei seinen Feierschichten nicht einmal diesen Betrag. Die Folge ist, die Familie des Bergarbeiters kann zugrunde gehen, da kein Geld zur Krankenhausbehandlung vorhanden ist. Aber auch der Krankentasse ist nicht geholfen; ihre Betten im Krankenhaus stehen leer. Wieder einmal zeigt sich die Weltfremdheit der Regierung und ihrer Maßnahmen. Wo bleibt der Bergmann in der Saarregierung, um solche Schicksalsurteile zu verhindern? Im Völkerbundsparadies ist aber auch alles möglich.

Die Gewerkschaften sind dabei, um auch für den Schutz und das Leben einer Bergarbeiterfrau und ihrer Kinder einzutreten.

Knappschaftspensionäre und -witwen am 1. August.

Der Abbau der Pensionen der Saarnknappschaft am 1. August hat eine verständliche Erregung in allen Bergarbeiterorten hervorgerufen. Ohne Grund, in überfüllter Weise, hat die Aufsichtsbehörde der Saarnknappschaft, das Oberbergamt, durch seinen Berghauptmann Verfügungen erlassen, welche für das Leben tausender Bergarbeiterfamilien zum Verhängnis werden. Dem Bergarbeiterpensionär, welcher keine Rente bezieht, hat man 42,35 Fr. pro Monat abgenommen, der Witwe 21,18 Fr. Die Pensionskasse der Saarnknappschaft hat ein Vermögen, welches durch die Beiträge in wirtschaftlich besserer Zeit ange-

ammelt wurde, im Betrage von 63 Mill. Fr. Die Regierungskommission hat mehr als 3 Mill. Fr. in der Erwerbslosenfürsorge auf Kosten der Knappschaftspensionskasse und damit die Pensionäre gepart.

Die Pensionäre tragen gewiß an der Wirtschaftskrise, an der Entlassung von 30 000 Bergarbeitern und an der gesteigerten Zahl der Pensionenbezieher keine Schuld. Wo bleibt die Regierung mit ihrem pflichtgemäßen Staatszuschuß? Auf dem Rücken der Bergarbeiter wird die Saargebietspolitik ausgetragen. Die Abzüge an den Bergarbeiterpensionen sind ungeheuerlich, was folgende Ziffern belegen:

Dienstjahre	Penf. vor b. 1. Aug.	neue Pension
10	154,55 Fr.	112,20 Fr.
15	193,05 Fr.	150,70 Fr.
20	233,95 Fr.	191,60 Fr.
25	279,45 Fr.	237,10 Fr.
30	324,95 Fr.	282,60 Fr.
35	362,95 Fr.	320,60 Fr.

Mehr als ein Viertel der Pension wird dem Bergarbeiterpensionär und der Witwe durch die Verfügung entzogen. Er muß auf eine Woche karglichen Einkommens verzichten. Wodurch die Regierung, welche bei fetten Gehältern dem armen Bergknecht das Letzte vom Tisch nimmt, ohne daß eine Ursache vorhanden ist? 65 Mill. Fr. Vermögen, mit der Verpflichtung der Regierung, die heutige Krise zu überwinden, reichen für Jahre.

Die Gewerkschaften haben der Regierung Wege gezeigt ohne Raub der Pensionen auszukommen.

Pensionäre! Erkennt die tatsächliche Gefahr. Reißt euch ein in die eiserne gewerkschaftliche Front der Abwehr und Freiheit!

UNSERE TOTEN

Dahlhausen I: Heinr. Niehl, Mitglied seit 1905. — Dahlhausen II: Heinrich Schamerich, Mitglied seit 1910. — Schmidhorst: Ignaz Schlotterbach, Mitglied seit 1889. Ueber vier Jahrzehnte hat er aktiv gekämpft. Mögen ihm die Sungen nachsehen! — Bochum II: Adam Senzack, Mitglied seit 1901; Julius Michaelis, Mitglied seit 1912.

Ehre ihrem Andenken!

BUCHER

Sämtliche hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42, zu beziehen.

Der Mensch und die Gase. Eine Einführung in die Gasfunde und Anleitung zum Gaschutz von Erich Hampe. Räder-Verlag GmbH, Berlin-Steglitz, Birkbuschstr. 18. Preis 3,25 M. — Dies Büchlein gibt uns nun in allergrößter, populärwissenschaftlicher Form eine Einführung in die heutige Kunde vom Gas. Es führt uns durch die zahllosen industriellen und gewerblichen Werkstätten, in denen bei der Produktion Gase freierwerden oder zur Verarbeitung kommen, zeigt uns, wo überall im Haushalt Gasgefahren lauern, schildert in klarer, sachlicher, jedem Laien verständlicher Weise ihr Herkommen, ihre Entstehung, Ausnutzung und Unentbehrlichkeit für das Leben eines Kulturvolkes auf der einen und — sei es in friedlichen Zeiten, sei es bei Luftangriffen im Kriege — ihre vernichtende Wirkung auf den menschlichen Organismus und alles Leben auf der anderen Seite. Der Hauptwert des Bandes liegt jedoch darin, daß der Verfasser jene technisch-organisatorischen Schutzmaßnahmen aufzeigt, die gegenüber den Gefahren der Gase allenthalben anzuwenden möglich ist. Er bespricht die beharrliche, sorgfältige und ständige Uebungsarbeit jener Organisationen und Verbände, die im Falle jedweder Gasgefahren bereitstehen zum Schutz und zur Sicherung der deutschen Bevölkerung.

Verbandsnachrichten

Bücherrevision.

Günningfeld. Vom 15. bis 31. August. Bücher bereit halten!

GEG-KAUTABAK

aus seinem KONSUMVEREIN!

Ein guter Priem, der immer ihm die Arbeit kürzt und kräftig würzt: das ist der delikate

Tüchtige, gute eingeführte Vertreter gesucht

(Damen u. Herren) gegen hohe Provis., für Verkauf von Damenkleidern, Stoffen, Arzng- und Wäsche-stoffen an Private.

Aufträge erbeten unter N. 402 Augsburg 2, Schließfach 57

Sächsische Bettfedern

Fabr. P. Hoyer, Delitzsch 78

Provinz Sachsen, Angerstraße Nr. 4 sendet Ihnen nur allerbeste strong gefüllte Qualitäten an Bettfedern bedingt billiger zu Fabrikp. Ferner prima BETT-INLETT Preise Sie selbst und verlangen Sie Proben und Preisliste umgehend und portofrei.

Gänsefedern jetzt billige Sommer-Preise!

Stund schon von 2,40 an. Muster und Preisliste gratis.

Helene Gieslach, Gänsefedern-Waarenhändler, Neu-Trebbin 19 (Chebr. Brüggerstr. 45a)

Gummi des Antel

graus. Neutrales Verbond. „Medicus“ Berlin SW 68

Alle Zustellungen 2.

Blaumenmus

Thuring. Mitter, patentierte, 10-Fr. -Eimer Nr. 3 — ch hier, nachschneide. Bitte lassen jense. Nachbestellungen.

Otto Ritter, Schützen i. 13,63, Pöckelmannstr.

Stoffe

kauft man am besten und billigsten direkt und in aller Ruhe zu Hause. Verlangen Sie unverbindlich Muster von Herren- und Damenstoffen (frank!) Es lohnt sich!

Tuch-Wimpfheimer

Augsburg 157.

Jch helfe Ihnen!

Gummi, Trupfen, Tee, Preisverlässe durch Wohlleben & Weber G. m. b. H., Berlin W 20/42.

DAS Triumph der Billigkeit!

Schuh für Alle!

Deutsch-Amerik. Schuhgesellschaft München K 54 m. b. H., Rosenstr. 11

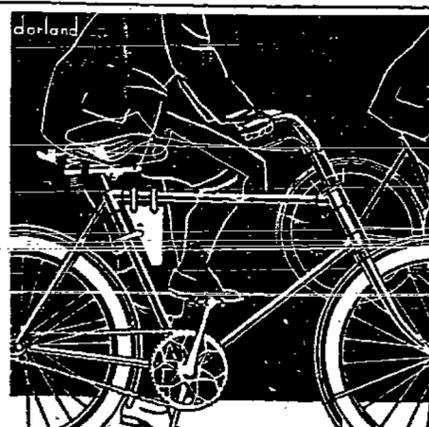
Anerkannt beste Bezugsquelle! Billige böhmische Bettfedern

und Daunen. Nur reine, guffüllende Qualitäten. 1 Pfund graue, gute, gefüllte 50 Pf., bessere 50 Pf., halbweiße, flaumige 1 Pf., weiße, flaumige, gefüllte 1,50, 1,90, 2,50; feinstes Geflücks-Daunenfedern 2, —, 4, —, 5, —. Graue Halbdaunen 1,75, halbweiße Daunen 3, — und 5, —, weiße 5, —, feinstes Brustdaunen 8,50, 10, —. Kupf-federn, halbweiß 1,35, weiß 1,95, alleinstückig 2,25, 3,25, 4,25. Versand jeder Menge portofrei gegen Nachnahme. Fern 10 Pf. an auch portofrei. Nichtpassendes wird umgetauscht oder Geld zurück. — Zusätzliche Preisliste und Muster kostenlos.

S. Benisch in Prag XII, Americká ulice Nr. 709 (Böhmen).

Kameraden, agitiert für den Verband

Das Fahrrad des sparenden Menschen



Lungenkranke und ihre Hezge

loben begeistert die erstaunlichen Erfolge der Silphoscalin-Behandlung in solchen und ähnlichen Originalberichten: „Schmerz ausfallslos, Lungenleiden durch Silphoscalin beseitigt. Heber, Nachschweiß, Husten, Auswurf schwanden. Kolikater Appetit, 36 Pf. Gewichtszunahme in 5 Mon.; bei häufiger. Nachkontrolle: Auswurf heilendfrei.“ Durch Silphoscalin kam die Heilung vieler Lungenkranke, Asthmatiker, Bronchitiker, erfüllt werden. 80 Tabletten Silphoscalin 2,70 M., in allen Apotheken, bestimmt: Kofenapothek München 2/83 Rosenstraße 6. — Silphoscalin-Prüfung gratis.

Konkurrenzlos m. Garantieschein f. 3 Jahre Gute Taschenuhr nur M. 1,80

Nr. 3 Herren-Uhr, Uhr gemid. 1,80
 Nr. 4 Herren-Uhr, Uhr gemid. 2,30
 Nr. 5 m. bell. Uhr, Uhr gemid. 3,90
 Nr. 6 Sprungbeduhr, oergold.
 Nr. 7, Gehäuse gures Wert. 5,40
 Nr. 8, Gehäuse, weiß. 3,80
 Nr. 9, Uhr m. Stern, Uhr gemid. 2,80
 Nadelstiche 0,30. Doppelstiche, g. vergold. 2,3. Ger. Nr. 1. — Kapsel 0,25.
 Weder, la Metallgehäuse. — 1,95

Jede Uhr hat ein 36-tündiges genau reguliertes Werk. Versand gegen Nachnahme. 1000 Katalog gem gratis. Uhrenhaus Fr. Heinicke, Braunschweig 55, Gelliostr. 3. Jahresanfang ca. 15 000 Uhren nach allen Ländern der Welt.

Soeben erschien unser

Jahrbuch 1931

(Besprechung siehe Nr. 32 dieser Zeitung)

Unsre Mitglieder erhalten es zum Preise von Mark 2,00 statt Mark 4,50.

Bestellungen mit Zahlstellenstempel an: Verbandsbuchhandlung

H. Hansmann & Co.

Bochum, Wiemelhauser Str. 38-42

Ein Volk von Radfahrern

In Dänemarks Hauptstadt radelt selbst der König, die Kopenhagener kommen beinah mit einem Fahrrad auf die Welt.

Wenn das Miele-Melior-Rad seinen Siegeszug in Deutschland so weiter fortsetzt, werden auch hier die Radfahrer sichtlich zunehmen.

Miele-Melior ist das Fahrrad von 1932. Trotz des volkstümlichen Preises von 81.— RM in verchromter Ausführung besitzt Miele-Melior jene Vorzüge, die man von einem Gebrauchsrad überhaupt verlangen kann.

In gutem Geschäft startbereit!

Miele-Melior